

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen

Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post  
monatlich . . . 18—Kč,  
vierteljährlich 48—Kč,  
halbjährlich . . . 96—Kč,  
jährlich . . . 192—Kč.  
Für Deutschösterreich  
monatlich 400—SK, für  
Deutschland 40—Mk.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

### Der Staatsvertrag mit Deutschösterreich.

Die wenigen Worte „öffentlicher Staatsvertrag mit Deutschösterreich“ bergen recht viel des Erfreulichen. Die deutsche Arbeiterpartei der Tschechoslowakei gedenkt Tag für Tag der treuen Waffenbrüder, mit welchen sie dreiviertel Jahrhunderte lang alle Kämpfe des Proletariates ausfocht, mit welchen sie von unscheinbaren, verhöhten und verfolgten Anfängen emporsiegt zur heutigen Kraft der Organisation. Zwischen uns und ihnen haben die vom Nationalismus geleiteten bürgerlichen Machthaber des Inlandes und Ententeeuropas Grenzen aufgerichtet, deren Wesentlichstes ein Gefühl der Feindseligkeit, der Abneigung gegen den jahrhundertalten „Unterdrücker und Erbfeind“ zu sein schien. Mit dieser Ideologie, die gerade gut genug dazu war, das „große Werk der Befreiung“ zu vollführen, wird dieser Staatsvertrag zweifellos aufräumen und die Wahrheit wird sich durchsehen müssen, daß nicht die Waffe des deutschen Volkes, sondern daß Habsburg und seine Knechte sowie das mit dem Erzhaus verbündete deutsche und magyrische Kapital die Bedrücker der Tschechen waren. Die Völker selbst sind keine Feinde und können es nicht sein, weil sie wirtschaftlich auf einander angewiesen sind, weil eines ohne das andere abstribt. Indem der Staatsvertrag durch sein bloßes Dasein anerkennt, daß die Tschechoslowakei und Deutschösterreich durch die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung zu fester Schicksalsgemeinschaft aneinandergeschmiedet sind, hilft er die chauvinistischen Schaphirsen hüben und drüben abbauen und setzt an ihre Stelle die Ueberzeugung unvermeidlicher Zusammenarbeit.

Daß das Abkommen ein öffentlicher Staatsvertrag ist, dürfte das Verdienst des wahrhaft demokratischen österreichischen Vertragsteiles sein, denn wo die Tschechoslowakei bisher derartige Vereinbarungen abschloß, begnügte sich Dr. Beneš mit einigen allgemeinen, nicht eindeutig greifbaren Angaben. Zeuge dessen der Pakt mit Polen und die selbst nach ihrem Mitgliederbestand hin unklare „Kleine Entente“. Was in dem einen Falle recht ist, wird auch in den anderen Fällen billig sein müssen. Enthalten die mit Polen, Südslawien und Rumänien getroffenen Abkommen nichts Verhänglicheres als jenes mit Oesterreich, so darf und muß unser Außenamt sie ebenso veröffentlichen, wie Dr. Schober es mit seinem Vertrage tat. Sonst müßte Herr Dr. Beneš uns verzeihen, wenn wir hinter dem weiterhin gehüteten Geheimnis allerlei Bedingungen vermuteten, die wir nicht wissen sollen. Daß Herr Dr. Schober in sie Einblick bekommt, genügt uns nicht, weil wir uns für würdig halten, selbst unser künftiges Geschick zu kennen. Nun Deutschösterreich in die Reihe der Verbündeten der Tschechoslowakei eintritt, hegen wir die begründete Hoffnung, daß sich das scharf nach rechts gewendete, vom französischen Westen faszierte Antlitz der Kleinen Entente etwas mehr nach links und dem deutschen Interessentkreis zuwenden wird. Aber die Gefahr ist immerhin nicht ganz von der Hand zu weisen, daß sich die österreichische Reaktion durch den neuen Bundesbrüder den etwas schwachen Rücken gestützt fühlen wird, und deshalb interessieren uns die Paragraphen der „Kleinen Entente“ doppelt. Sie können ebenso dazu beitragen, eine mittel- und osteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft einzuleiten, wie sie das Machtinstrument reaktionärer Pläne darstellen können, und es wird Sache des

Proletariates der verbündeten Staaten sein, die erste Aufgabe ins Werk zu setzen und die zweite zu verhindern. Aber kennen muß man die Waffe mit welcher diese Kämpfe sollen geschlagen werden!

Im Falle Oesterreichs kennen wir sie. Das Erz, aus dem sie geschmiedet ist, die Verträge von St. Germain und Trianon, ist reichlich brüchig. Beide von mächtigen Staaten garantierte Pakte haben sich seit der kurzen Zeit ihres Bestandes, zuletzt in Venedig, Abänderungen gefallen lassen müssen, die weniger für die Worttreue der Garanten als für die Erfolgsmöglichkeiten zünftiger Freiheit Zeugnis ablegen. Und eben bereitete sich der europäische Westen vor, einen ihm noch viel wichtigeren Friedensschluß, jenen von Versailles, auf einem europäischen Kongress umzuändern, d. h. umzustoßen. Die tschechoslowakische Regierung freilich möchten den Frieden von St. Germain als die angebliche Grundlage ihrer Existenz zum unantastbaren Dogma erheben, und Deutschösterreich stellt sich, indem es hier beistimmt, auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“. Deshalb wird unser Ruf nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker um nichts weniger leiser tönen, werden sich die unglücklichen Bewohner Deutschösterreichs um nichts weniger die Freiheit wahren, sein künftiges Geschick nach eigenem Ermessen zu gestalten. Der Hauptvorteil der beiden ersten und des vierten Paragraphen, welcher letzterer von gegenseitiger Hilfe zur Unterdrückung andersgerichteter politischer Vereine u. dgl. spricht, wird also zweifellos der Tschechoslowakei zugute kommen, denn Umsturzbemühungen gegen den Bestand Deutschösterreichs gibt es hierzulande nicht, und nur dort trifft der Nutzen für beide Staaten zusammen, wo sich der Sinn des Paragraphen gegen die legitimistischen Wählerreihen Habsburgs und der Magyaren kehrt. Als ein neuer, scharfer Strich durch die Rechnung Karls und Hortkys verdient dieser Vertragspunkt Beachtung und Anerkennung.

Ebenso können alle anderen Bestimmungen nur zum Guten ausschlagen. Die Neutralität im Falle eines Angriffskrieges, die Loyalität gegenseitiger freundschaftlicher Gesinnung, die aus der Vereinbarung spricht, alle Staatsverträge des einen Bundessteiles dem anderen im vollen Umfange mitteilen und keinen im Widerspruch mit dem Prager Abkommen stehenden Vertrag abzuschließen zu wollen, und schließlich die Einigung auf ein obligates Schiedsgericht in allen Streitfällen verbürgen, soweit Schriftstücke etwas verbürgen können, eine künftige friedliche Entwicklung. Ob und in welchem Tempo sich diese vollziehen wird, hängt vor allem von den Taten ab, in die sich der sechste, von finanziellen, wirtschaftlichen und Minderheitsfragen sprechende Paragraph umsetzen wird. Soviele Gebiete, sovielen lebenswichtigsten Faktoren umfassen diese Worte. Die entsetzliche Not der Deutschösterreicher und die über uns schwebende Handelskrise und Arbeitslosigkeit sind darin enthalten, der wirtschaftliche Aufbau zweier Länder, die ohne einander nicht existieren können, soll von hier ausgehen und eine von Uebermut und überheblichem Machtgefühl erregte Verbitterung kann im Nichts zerrinnen, wenn man die Minderheitsrechte im vollen Umfang und nicht nur, wie sie in Versailles festgelegt wurden, achten will.

Was am Vertrage vergänglich ist, das Nachwerk von St. Germain und Trianon, wird mit der Entwicklung der Weltpolitik schwinden. Die Erkenntnis, daß das Alpenland und die Tschechoslowakei wirtschaftspolitisch zueinander gehören und sich also schiedlich-friedlich vertragen müssen, wird bleiben.

### Sturmjzenen im Senat.

#### Bei der Debatte über das Staatsbeamten- und Lehrergesetz.

Das Gesetz angenommen.

Der Senat war gestern Schauplatz stürmischsten Protestes gegen die Ungerechtigkeit der Gehaltskürzungen der Staatsbeamten und Lehrer, welche volksfeindliche, reaktionäre Maßnahme in dem Heppfaffen Kroihner ihren passendsten Repräsentanten und Verfechter fand. Während zwölf Debatteredner in würdiger Weise gegen das Gesetz sprachen, während sich zwölf Senatsmitglieder bemühten, die Mängel und Schäden des Gesetzes auch für den Staat in ruhiger und sachlicher Weise darzutun, blieb es seiner Hochwürden, dem Herrn Kroihner vorbehalten, in unernter, wihigseinvollender und zum Schluß gar höhrender Weise gegen die Opposition aufzutreten und für die Annahme des Gesetzes zu sprechen. Genosse Niehner verwahrte sich in einem Zwischenruf gegen das aufreizende Auftreten Kroihners, als aber dieser Heppfaffe sein schimpfliches Gebaren noch verschärfte, bemächtigte sich aller Oppositionsparteien eine derartige stürmische Erregung, daß Kroihners Rede — er sprach zum Trost weiter — in dem Sturm der Entrüstung unterging. Auf diese schimpfliche Weise kam dann das Gesetz zur Annahme, das Tausende der Ärmsten noch ärmer gemacht hat und das diesen Staat moralisch und sicherlich auch finanziell nur schädigen wird.

Nicht weniger als drei zweite Lesungen, zwei große Gesetzentwürfe und in siebzehn weiteren Fällen Gesetzentwürfe, die im letzten Augenblick dem Senat vom Abgeordnetenhaus zugemittelt wurden, standen auf der Tagesordnung der gestrigen drei Sitzungen, die von Ausschlußberatungen unterbrochen, zur Stunde — es ist Mitternacht — noch andauern. Die Art und Weise, in welcher Volksvertreter verhalten werden, zu lebenswichtigen Gesetzen, ganzen Kompendien aus allen möglichen Fachgebieten, innerhalb weniger Stunden Stellung zu nehmen, ist einfach entwürdigend und standalös. Der Senat wird gerade von jenen Parteien, die für seine Schaffung waren, lächerlich gemacht, wobei sie sich scheinbar ihrer Inkonsequenz nicht bewusst sind. Genosse Dr. Heller hat sich auch in der Obmännerkonferenz in schärfster Weise gegen ein derartiges Vorgehen ausgesprochen und einen Protest an die Regierung und an das Abgeordnetenhaus verlangt. Sowohl der Präsident als auch die Redner der tschechischen Parteien mußten den Ausführungen des Genossen Heller zustimmen. Zu einem Beschluß ist es jedoch nicht gekommen.

Während in der ersten Sitzung zweite Lesungen und Formalien erledigt wurden, befaßte sich die zweite Sitzung fast ausschließlich mit dem Staatsbeamten- und Lehrergesetz. In der Debatte ergriffen fast durchwegs Redner der Opposition das Wort. Für unsere Partei sprachen die Genossen Niehner und Wiechowstly in wirkungsvoller Weise. Die Rede des Genossen Niehner tragen wir morgen noch ausführlich nach.

In der ersten Sitzung wurden zunächst einige zweite Lesungen vorgenommen, darunter auch die zweite Lesung des vorgestern abgelehnten Gemeindeordnungsgesetzes, wobei abermals mit allen Stimmen der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen wurde. Nach Erledigung einiger belangloser Vorlagen, die sich auf die Slowakei und Karpathenland beziehen, wurde beschlossen, sechzehn vom Abgeordnetenhaus in den zwei letzten Sitzungen erledigten Gesetze im dringlichen Wege in Ver-

handlung zu ziehen, darunter das Mietersicherungsgesetz, das Staatsbeamtenengesetz, das Kriegsbeschädigtengesetz, das Arbeitslosenunterstützungsgesetz. Diese Gesetze wurden dem Fachauschusse zugewiesen und demselben eine Frist von zwei Stunden zur Berichterstattung gewährt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und die Ausschüsse traten zusammen.

Nach vier Uhr wurde die zweite Sitzung eröffnet und die Senatoren erstatteten die Berichte des sozialpolitischen, des Budget-, bezw. des verfassungsrechtlichen Ausschusses über das Staatsbeamtengesetz. Senator Soblik erledigt seine Aufgabe in 20 Sekunden. Der Senator Gilel meint, daß das Wohl des Staates oberstes Gesetz sei und der Staat fordert eben Opfer, und wer die Republik liebt, muß sich opfern usw. Dr. Brabec, als Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses sagt, daß die Empfehlung der Annahme des Gesetzes nur aus gewichtigen staatspolitischen Gründen erfolge. Nach dem Bericht des sozialpolitischen Ausschusses, den Senator Sehnal erstattet, kommt als erster Debatteredner Genosse Niehner zu Wort.

#### Genosse Niehner

erklärt, was in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgelegt werde, sei ein starkes Stück. Man müte den Herren der Mehrheit zu, besser gesagt, man kommandiere sie, in den meisten Fällen gegen ihre bessere Ueberzeugung, diese Vorlage zu verabschieden. Es sei außer Zweifel, daß das, was sie zu tun im Begriffe stehen, im Widerspruch steht zu dem, was sie bei den Wahlen versprochen haben. Die Beamtenvorlage ist so, daß sie im größten Teile der Bevölkerung Befremden und Empörung erregen wird. Sie bilden sich ein, daß Sie freie Volksvertreter sind, dem folgen, was Ihr Programm sagt. Wenn Sie Ihrem Herzen folgen wollten, so könnten Sie dieser Vorlage nicht zustimmen. Sie können aber nicht Ihrer Einsicht folgen, Sie müssen tun, was die allmächtige Welt befiehlt. Ein freies Mannesstum wird man das ebensowenig nennen können, wie den Ausdruck der lautesten Demokratie. Sie werden die Erfahrung machen, daß Sie ein böses Unternehmen begonnen haben. In der letzten Zeit haben die Beamten ihre Hoffnungen auf die Stabilisierung gesetzt. Statt dessen müssen sie jetzt erleben, daß diese Vorlagen kommen, die

#### ein Faustschlag ins Gesicht

der Beamten und Lehrer sind. Um den Abbau der Gehalte zu vollziehen, verlegt man auch das Paritätsgesetz und schädigt damit nicht nur die Lehrerschaft, sondern auch die Schule. Jedem, dem die Erziehung der Kinder eine heilige Sache ist, mühte sich mit aller Kraft wehren, daß die Lehrer in jene drückende Notlage versetzt werden, wie früher. Wenn man daran geht, die Staatsfinanzen zu sanieren, müste man auch fragen, wer an der Zerrüttung schuld ist und daß die Herren der Mehrheit sich von dieser Schuld freisprechen könnten, dafür sprechen die Tatsachen denn doch eine zu gerechte Sprache. Sollen dafür die Beamten aufkommen, daß die Mehrheit in dulce júbilo gelebt hat? Auch wir sind bereit zu sparen und alle unsere Arbeit gilt dem Bemühen, Ihnen begreiflich zu machen, daß gespart werden muß, daß die Wirtschaft des Staates angemessen sein muß seinen Einnahmen und sozialen Verhältnissen. Was könnte nicht am Militär, am Ministerium des Aeußern und der Pressepropaganda erspart werden? Was müht überhaupt die ganze Propaganda, wenn sie sich zu einer Maßnahme veranlaßt sehen, die in einem anderen Staate ganz unmöglich ist. Das muß den Ruf des Staates im Auslande mehr als an-



beres vernichten. Gewiß ist die Annahme gerechtfertigt, daß mit diesen Maßnahmen ganz andere Zwecke als die Erlangung eines Auslandskredits verfolgt werden. Es geht hier um einen Anschlag gegen die gesamten arbeitenden Schichten

und was wir sehen, ist ein Ausfluß der Kapitalistendiktatur über die Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten). Sie ersparen 180 Millionen; was der Staat an Schäden erleiden wird, wird auf dem Papier nicht auszurechnen sein. Die Mehrheit kommt mit einer Resolution, in der sie den Preisabbau verlangt. Wenn will sie mit dieser Resolution täuschen! Wenn sie den Kampf gegen den Wucher aufündigt, so ist das nichts wie leere Worte. Wir halten die Vorlage für eine soziale Ungerechtfertigkeit, für ein verderbliches Mittel, die kranke Finanzwirtschaft zu heilen, wir halten dafür, daß durch Kürzung der Beamtengehälter nur eine Schädigung des Staates und der Volkswirtschaft erfolgt und werden daher gegen die Vorlage stimmen und gegen Sie wirken (Großer Beifall).

Die ausführliche Rede des Genossen Niehner werden wir morgen nachtragen.

Senator Karl Friedrich (D.-Nat.): Das Gesetz bringt eine Einmischung in die Rechte der autonomen Behörden mit sich und durchbricht das Lehrereparaturgesetz. Der dritte Fehler ist die Ermächtigung des § 9, das Gesetz im Verordnungswege abzuändern. Es entsteht die Frage, ob sich die Beamten überhaupt diese Maßnahmen gefallen lassen werden und wird nicht etwa ein mehrjähriger Streik der Staatsangestellten dem Staat mehr kosten, als er hier erspart?

Senator Fahrner (D. Nat.-Soz.) sagt, es sei bezeichnend, daß die Deutschen heute als Verteidiger des Staates gegen die Anschläge der Regierung und der Mehrheitsparteien auftreten müssen und daß letztere ihnen die Verteidigung des Staates überlassen. Wenn die Staatsangestellten und Lehrer durch den Krieg zum Proletariat herabgedrückt wurden, so macht diese Vorlage aus ihnen ein Lumpenproletariat. Sache aller Angestellten und Arbeiter wird es sein, allen reaktionären Versuchen mit allen Mitteln sofort entgegenzutreten und Sache der Angestellten ist es, daß sie sich auch weiterhin von Schlagworten eines Herrn Raschin und seiner Gruppe nicht betören lassen. Erst dann wird ihnen eine bessere Zukunft leuchten.

Senator Fetsch (D. dem. Frp.) führt aus, daß alle Hoffnungen, die man auf die bessere Einsicht der Mitglieder des Senats gesetzt hat, zunichte geworden sind. Auch die Mehrheit des Senats wird dem Beschele der Petta Folge leisten und für die Vorlage stimmen, denn es besteht auch bei ihr der Wahlspruch: „Gewalt geht vor Recht“, nicht nur den Bürgern des Staates gegenüber, sondern auch gegenüber den Mitgliedern der Koalition. Die Mehrheit muß und wird gegen ihre bessere Ueberzeugung stimmen.

Senator Dr. Hilgenreiner (D. Christl.) kritisiert das Unrecht des Gesetzes und erfuhr um Annahme des Minoritätsantrags: nur der Paragraph 1 soll bleiben. Doch Schiller hat schon gesagt: Gegen die Petta kämpfen Götter selbst vergebens (Heißigkeit). Wir aber geben uns zu Genferdiensten nicht her.

Senator Bulsch (D. Landw.) Es gehört Mut dazu, dem Senat zuzumuten, für das Gesetz zu stimmen. Die Mittel, die die Regierung vorschlägt, das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen, sind die ungeeignetsten. Man kann nicht an den Kernsten sparen. Das sagt selbst ein Vertreter der Steuerzahler. Das Paritätsgesetz bestehe noch immer weiter.

Senator Barinka (slow. Alex.) erklärt, daß seine Partei gegen das unsoziale Gesetz stimmen werde.

Senatorin Dr. Herzig (D.-Nat.) warnt, das verfassungswidrige Gesetz anzunehmen.

Senator Pruscha (Rom.) weist nach, daß die Preise seit der letzten Regulierung der Beamtengehälter um 13 Prozent gestiegen sind. Und trotzdem will man kürzen? Sparen möge man am Militär und in den hohen Ämtern. Die Gehaltsreduzierungen sind ein Vorpiel zu anderen Lohnreduzierungen.

Genosse Prof.

Dr. Wichowski

sagt, daß es für den Charakter der Vorlage bezeichnend ist, daß keine von den Mehrheitsparteien den Mut aufbringt, die Vorlage ehrlich zu verteidigen. Die Herabsetzung der Bezüge falle in eine Zeit, wo die Preise aller notwendigen Lebensmittel steigen, besonders hart aber werden die im Staatsdienst befindlichen Lehrer betroffen, denen auch noch von den Teuerungsbeträgen 20 bis 30 Prozent abgezogen werden. Der Effekt der Abzüge ist in Anbetracht des Gesamtbedarfs ein ganz unbedeutender, denn während zur Bestreitung sämt-

licher Teuerungsausgaben mehr als drei Milliarden benötigt werden, beziffert sich der Gesamtbetrag der Abzüge nur auf 180 Millionen Kronen. Redner repliziert im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auf die Reden des Senators Hilgenreiner, der für die „rechtmäßige“ Ehe eine Lauge bricht, und Dr. Herzig

Stürmische Szenen und Inmulte.

Der Herr Dechant als Provokateur.

Senator Dechant Kroiher (tsch. Agr.) meint, die Deutschen hätten heute Gelegenheit, sich als die Schützer der Staatsbeamten zu geben. Früher war das aber nicht so. (Zwischenruf: Das ist eine Redheit!) Die Republik fordert, daß wir für die Vorlage stimmen. Auf die Petta jedoch müssen wir nur stolz sein. Was aber die Außenpropaganda anlangt, ist es unsere Pflicht, auf die Ehre der Republik in der Fremde zu achten und sie zu schützen, da sie von den Deutschen untergraben wird. Kroiher ergeht sich hierauf in Verhöhnungen des deutschen Volkes. (Genosse Niehner: „Das ist ein Skandal! In einer so ernsten Sache, wo es sich um die Existenz von tausenden Menschen handelt, reden Sie auf dieser Tribüne so unernst!“) In demselben verhöhnenden Ton redet Kroiher weiter und sucht die Sache auf das nationalistische Gebiet hinüberzulenken, wobei er sich auch dazu versteigt, zu sagen: Wenn es euch Deutschen in der Republik nicht gefällt, so wandert aus!

Diese Worte entfesseln bei den deutschen Sozialdemokraten einen Sturm der Entrüstung, in den auch die Deutschbürgerlichen und die Kommunisten eingreifen.

Dr. Heller ruf: „Das ist eine Frechheit, Sie Jesuit! Verhöhnern wollen Sie die Völker hier!“

Genosse Pollach: „Das ist kein Priester! Das ist ein Heher!“

Zahlreiche Zwischenrufe. Steigender Lärm. Der Redner muß seine Rede für Minuten unterbrechen. Der Vorsitzende läutet. Neue Zwischenrufe.

Niehner ruf: „Die Sepphaffe, schämen Sie sich.“

Der Lärm steigert sich immer mehr. Es bilden sich Gruppen, zahlreiche Senatoren kommen in den Saal geeilt. Einige Tschechen stellen sich schützend vor die Rednertribüne. Die Erregung wächst. Von beiden Seiten fallen heftige Zwischenrufe.

Genosse Reisl ergreift die Papiere des Ministers Erba und will sie gegen Kroiher schleudern. Der Minister entwidert Reisl die Älten. Immer wieder kommt es zu Ausbrüchen der Erregung.

Kroiher versucht seine Rede fortzusetzen. Dann verliert er eine Resolution gegen die Teuerung. (Zwischenruf: „Das Feigenblatt!“) Genosse Niehner: „Mit Resolutionen werden die Beamten sich nicht anessen können!“ Phuirufe. Applaus bei den Tschechen. Im Lärm geht der Schluß von Kroiher's Rede unter.

Auch während der ganz unbedeutenden Rede des Finanzministers Novak kommt es zu neuerlichen Lärmiszenen.

Genosse Wichowski: „Wir haben Erparnisse im Heeresbudget beantragt.“

Abgeordnetenhaus.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, die letzte vor den Weihnachtstagen, bot in mannigfacher Hinsicht Interessantes. Für uns das Wichtigste ist die Tatsache, daß die unermüdbare Arbeit unserer Abgeordneten, der leider sichtbare Erfolge so selten beschiedene sind, gestern doch wieder einmal Früchte trug, die der Arbeiterklasse sofort zugute kommen. Es ist traurig genug, daß man es als besonderes „erfreuliches“ Ereignis feststellen muß, wenn von 46 Anträgen der deutschen Sozialdemokraten zum Kriegsschädigtengesetz drei von ihren 14 Anträgen zum Krankenversicherungsgesetz fünf angenommen wurden. Bei der Verhandlung des Krankenversicherungsgesetzes kam es zu sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen der tschechischen Arbeiterpartei und den tschechischen Sozialdemokraten und wiederum bei der Rede des Abgeordneten Kaiser zu lebhaften Intermezzi dieses Agrariers mit den deutschen Sozialdemokraten. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit noch ausführlich beschäftigen.

Es ist jedenfalls sehr interessant, daß die tschechischen Agrarier dem deutschen Gewerbevertreter, der auf einmal sein Herz für die landwirtschaftlichen Arbeiter entdeckt hat, Beifall schenken. Bei der Verhandlung und Abstimmung über das Mieterschutzgesetz marschierte die deutschbürgerliche Einheitsfront auf, oder besser gesagt, ab. Deutschnationale, Deutschdemokraten und Christlichsoziale gaben hintereinander gewundene Erklärungen ab, die alle nach Vorwänden rangen, warum die Bürgerlichen mit der Verlängerung des Mieterschutzgesetzes nicht einverstanden sind. Freie Wirtschaft auch auf diesem Gebiete — so lautet die Parole, Hausherrenschaft statt Mieterschutz, so lautet der sehr plausible Grund. Bei der

Abstimmung fehlte als vierter im Bunde auch der Bund der Landwirte.

Präsident Tomasek eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 30 Min. Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete der Bericht des sozialpolitischen und des Budgetausschusses über den Regierungsentwurf des Gesetzes, durch welches provisorisch die Fürsorge für kriegsinvalide Soldaten aus dem Mannschaftsstande und für ihre Hinterbliebenen geregelt wird. Den Bericht erstatteten Abg. Dubicky und Abg. Nemesch. In der Debatte sprachen die Abgeordneten Purthne (tsch. Nat.-Dem.), Abg. Pila (tsch. Soz.-Dem.) und Abg. Dr. Patzold (tsch. Nat.-Soz.), welcher hofft, daß von der Regierung auch bald ein Gesetz zum Schutze der invaliden Legionäre vorgelegt werden wird. — Nach den Schlüßworten der beiden Berichterstatter wird das Gesetz und eine von Dubicky im Namen des sozialpolitischen Ausschusses vorgebrachte Resolution angenommen.

Dann folgte das Schlüßwort der Berichterstatter Novak und Kasil über das Gesetz betreffend die Kriegsschädigten, dessen Verhandlung gestern unterbrochen wurde. Zu diesem Gesetze waren von der Opposition 65 Anträge, davon 46 von den deutschen Sozialdemokraten eingebracht worden. Drei deutschsozialdemokratische Anträge und ein kommunistischer wurden angenommen, alle übrigen fielen.

Nach mehr als einstündiger Unterbrechung eröffnete der Präsident wieder die Sitzung. Zunächst beantwortete der Justizminister Doktor Dolansky in Abwesenheit des Eisenbahnministers eine Interpellation der Abg. Velikan, Marek, Ravnatil, Raganec und Gen. über die Verschiebung strittiger sozialwirtschaftlicher und Existenzfragen der Eisenbahnangestellten. Einige dieser Angelegenheiten sind bereits zum Teil erledigt. Ueberdies wird Mitte Jänner eine diesbezügliche Enquete einberufen werden.

Die Abstimmung. Nach dem Schlüßworte der Berichterstatter Dr. Pravec und Schnal wurde zur Abstimmung geschritten.

Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Deutschbürgerlichen und slowakischen Alexikalen angenommen.

Der Minoritätsantrag wurde mit 74 gegen 43 Stimmen der Opposition abgelehnt. Ebenso der Abänderungsantrag und eine Resolution des Senators Hilgenreiner. Die Resolution des verfassungsrechtlichen Ausschusses zu den Paragraphen 4 und 9 und ein Resolutionsantrag des Senators Soukup wurde angenommen.

Hierauf wird das Gesetz auch in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt dann noch die erste und zweite Lesung des Teuerungszuschlags- und Invalidengesetzes für Gultschin und das Gesetz über die Zuschläge zu den Unfallrenten.

Sen. Genosse Fexer sagt, daß die Zuschläge zu den Unfallrenten nicht entsprechen. Redners Partei hätte gewünscht, daß sowohl die Pauschale, als auch die Renten überhaupt erhöht werden. Trotz der unzureichenden Aufbesserung werden wir für die Vorlage stimmen.

Das Gesetz wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

Eine Nachsitzung.

Gemäß den ständalösen Gepflogenheiten in unseren Gesetzgebungskörpern wird auch jetzt wieder vor Sessionschluß eine Unmasse von Vorlagen im Sitzungstempo durchgepeitscht. Von einer wirklichen Verhandlung und Prüfung der Vorlagen kann unter solchen Umständen keine Rede sein. Nach der um 9 Uhr abends abgeschlossenen Sitzung — der zweiten an diesem Tage — in der die Vorlagen betreffend der Kürzung der Beamtengehälter erledigt wurden, trat eine einstündige Pause ein, worauf um 10 Uhr abends unter allgemeiner Erschöpfung und Teilnahmslosigkeit die dritte Sitzung begann. Wir können über ihren Verlauf erst morgen berichten.

ten sind bereits zum Teil erledigt. Ueberdies wird Mitte Jänner eine diesbezügliche Enquete einberufen werden.

Darauf folgte der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über den Regierungsentwurf über die

Verlängerung der Wirksamkeit des Mieterschutzgesetzes

vom 8. April 1920.

Abg. Kraus

gibt namens der deutschen Nationalpartei die Erklärung ab, daß sie auch auf diesem Gebiete für den Übergang zur freien Wirtschaft aus der Zwangswirtschaft eintrete. Da durch die in Verhandlung stehende Vorlage die Unsicherheit weiterbestehen bleibt und mit Rücksicht auf die geradezu leichtfertige Behandlung der ganzen Frage durch die Mehrheitsparteien wird sich die deutschnationale Fraktion an der Abstimmung über den Regierungsentwurf nicht beteiligen.

Abg. Seeger

protestiert auf das Schärfste gegen die Art, in der so wichtige Vorlagen wie das Mieterschutzgesetz im Hause behandelt werden. Die Petta konnte sich über die neue Vorlage nicht einigen, weil eben die großen Gegensätze zwischen Mietern und Vermietern nicht einmal von der Petta überbrückt werden können, und so griff der Minister für soziale Fürsorge gerne nach unserem Antrag auf Verlängerung des Gesetzes. Aber diese Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes bedeutet auch eine Verlängerung der Unsicherheit der Mieter. Mit dem Mieterschutz muß auch das Wohnungsschlagnahmengesetz neu gestaltet werden. Seitdem das alte Beschlagnahmengesetz aufgehoben wurde, verschwinden die frei werdenden Wohnungen unter der Hand. In den großen Städten haben sich geradezu Wohnungsmärkte gebildet. Die Wohnungen werden an Besitzende zu höchsten Preisen abgegeben, während tausende Besitzlose obdachlos sind. Wir fordern daher, daß gleichzeitig mit der Ausarbeitung eines neuen Mieterschutzgesetzes auch die Frage der Wohnungsschlagnahme neu geregelt werde. Das Mieterschutzgesetz soll die Mieter schützen. Einige Bezirksgerichte aber haben sich in letzter Zeit sehr deutlich auf die Seite der Hausherren gestellt. Es scheint übrigens, daß das neue Gesetz auch deshalb zurückgezogen wurde, weil man nicht zur Zeit des Lehnabbaues bei Staatsangestellten und auch bei Arbeitern — die Industriellen werden ja wahrscheinlich dem Beispiel des Staates folgen wollen — auch noch mit der Steigerung der Mietzinse zu beginnen wagt.

Abg. Kofka erklärt namens der deutschdemokratischen Partei, daß diese grundsätzlich die freie Wirtschaft auch auf dem Gebiete der Baubewegung und des Wohnungswesens anstreben muß. Da die Mehrheitsparteien bei der Behandlung dieser Frage ihren sachgemäßen Abänderungsvorschlägen gegenübergetreten sind, haben sie der Partei des Redners die Möglichkeit genommen, an den Abbau der Zwangsmassnahmen energisch mitzuarbeiten. Redners Partei lehne unter solchen Umständen ab, sich an der Beratung und Beschlußfassung des vorliegenden Regierungsentwurfes zu beteiligen.

Der Berichterstatter Abg. Langer verwahrt sich in seinem Schlüßworte gegen den Vorwurf, daß diese Frage von den tschechischen Parteien nicht ernst genommen wird. Denn eben das Provisorium von vier Monaten beweist, daß sie an eine eventuelle Aenderung des Gesetzes denken.

Abg. Böhr (D. Christl.-Soz.) erklärt, daß seine Partei sich der Abstimmung enthält, da bei der Verhandlung der Novelle weder die Vermieter noch die Hausbesitzer angehört wurden. — Darauf wurde der Regierungsentwurf angenommen.

Den Bericht über die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes vom 22. Dezember 1920 über

die Krankenversicherung der Arbeiter

erstattet für den sozialpolitischen Ausschuß Abg. Curil. Der Ausschuß konnte infolge der kurzen Zeit den Regierungsentwurf über eine Verlängerung der Gültigkeit des erwähnten Gesetzes nicht verhandeln und legt deshalb den Antrag in abgekürztem Verfahren vor. Das Gesetz vom 20. Dezember 1920 von Neuem zu bearbeiten und zu ergänzen, erschien nicht türlich und deshalb entschloß man sich zu einer Verlängerung dieses Gesetzes. Die Bestimmung des § 1, durch welchen die Gültigkeit dieses Gesetzes bis zum Ende des Jahres 1922 festgesetzt wird, bleibt aufrecht.

Abg. Wittich (D. mag. Soz.-Dem.) sagt, daß wenn in absehbarer Zeit eine gesetzliche Neuregelung bzw. Organisierung der bestehenden Sozialfürsorge nicht möglich ist, es notwendig wäre, im Rahmen der bestehenden Gesetze von allen Möglichkeiten in Bezug auf die Erweiterung der Unterstützungsfähige Gebrauch zu machen. Deshalb appelliert Redner an die Mehrheitsparteien, die von den deutschen Sozialdemokraten eingebrachten Abänderungsanträge anzunehmen. Er vertweist auf die Sprengung der Krankenversicherungsverhältnisse in der Slowakei übergehend, auf die Unterschiede der bezüglichen dort geltenden ungarischen und der für den übrigen Teil des Staates geltende Gesetze, bringt Klagen gegen die Landesversicherungsanstalt in der Slowakei vor und verlangt die Herstellung der Autonomie bei den Krankenkassen in der Slowakei.



Abg. Dr. Holtzner:

Es ist unmöglich, zu irgendeinem Gegenstande der Tagesordnung das Wort zu ergreifen, ohne schärfsten Protest dagegen zu erheben, wie am letzten Tage Gegenstände hier durchgepeitscht werden, welche die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes betreffen. Nicht einmal im Ausschuss konnte darüber gesprochen werden. Gegenüber diesem Vorgehen stehen nicht nur wir in der Opposition. Denn in den letzten Tagen haben auch viele Vertreter der Koalitionsparteien erklärt, daß ein derartiges Vorgehen in Zukunft unmöglich ist. Allerdings haben wir das Vertrauen auch zu solchen Kundgebungen verloren. Man hat sich bei uns gewöhnt, Gesetze mit kurzer Befristung zu machen. Auch das Krankenkassengesetz ist mit einem Jahr befristet gewesen, weil man damit gerechnet hat, daß im Laufe des Jahres 1921 die Sozialversicherung in Kraft treten wird. Auch bei der Novelle des Krankenversicherungsgesetzes handelt es sich um eine Verlängerung auf ein Jahr. Diese Novelle bedeutet wohl eine gewisse Verbesserung; denn sie hat sich in mancher Hinsicht trotz vieler Befürchtungen als gut erwiesen. Aber zur Behebung der ihr noch anhaftenden Mängel hat die deutsche sozialdemokratische Partei Verbesserungen gestellt, deren größter Teil allerdings, wie zu befürchten ist, bei den Mehrheitsparteien keinen Anklang finden wird. Der Redner bittet, den Resolutionsantrag anzunehmen, in welchem verlangt wird, daß die Wahlen in die Krankenkassenvorstände bis zum Frühjahr vorgenommen werden. Die deutschen Sozialdemokraten werden für die Verlängerung des Gesetzes stimmen, um keinen ungeschlichen Zustand eintreten zu lassen.

Abg. Mleoch (tschech. Gewerbet.) beklagt sich darüber, daß seine Partei durch diese Vorlage gezwungen wird, erhöhte Zuschüsse den Krankenkassen zuzuführen zu lassen. Demgegenüber haben die Arbeitgeber keinen Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen. Seine Partei fordert hierin die gleichen Rechte wie die Arbeiterparteien. — Die Ausführungen des Redners riefen besonders in den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten lebhafteste Aufregung hervor und gaben zu einer scharfen Kontroverse zwischen Vertretern beider Parteien Anlaß.

Abg. Dr. Winter gibt im Namen des Klubs der tschechischen Nationalsozialisten und der tschechischen Sozialdemokraten eine Erklärung ab. Diese beiden Parteien sind mit den Anträgen des Berichterstatters bei weitem nicht zufrieden. Die Gründe dafür haben sie in den verschärfsten Debatten über die Krankenversicherung im Parlament angeführt. Wenn sie dennoch für das Gesetz und gegen die Mehrzahl der Änderungsanträge stimmen werden, tun sie das aus dem Grunde, weil sonst wenigstens für eine Zeit die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes bedroht und jede Störung eine Verwirrung in den Krankenkassen hervorgerufen würde.

Abg. Kaiser (Bd. d. Landw.) verweist darauf, daß man von gewisser Seite bestrebt gewesen war, die Verlängerung dieses Gesetzes dazu auszunützen, um die vor einem Jahre seitens der Landwirtschaft im Krankenkassenversicherungsweesen erzielten Vorteile wieder in den Hintergrund zu stellen, wenn nicht, sie zur Gänze zunichte zu machen. Gegen die Vorlage selbst wäre nichts einzuwenden und Redners Partei hätte ohne weiteres für sie gestimmt, da es auch in ihrem Interesse gelegen ist, daß das Krankenkassenwesen in geregelter Bahnen gleeitet werde. Es müsse aber auch auf einer gerechten Basis aufgebaut sein. Trotzdem jedoch alle Grundlagen des Gesetzes und alle Vorbedingungen zur Errichtung von landwirtschaftlichen Krankenkassen gegeben sind, werden gerade der Errichtung dieser Krankenkassen die größten Schwierigkeiten entgegen-

gesetzt. Abg. Kaiser griff dann sehr heftig die Bezirkskrankenkassen an, fortwährend zu den deutschen Sozialdemokraten, die ihm natürlich auch die Antwort nicht schuldig blieben, und deren kräftige und unerblickte Zwischenrufe diesem sonderbaren „Arbeitervertreter“ den Standpunkt ziemlich klar machten. Zum Schluß erklärte Abg. Kaiser: In der Voraussicht, daß das Ministerium für soziale Fürsorge dafür Sorge tragen wird, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter beobachtet werden und daß überall dort, wo die gesetzliche Grundlage hierfür geboten ist, landwirtschaftliche Bezirkskrankenkassen errichtet werden, werde seine Partei für die Vorlage stimmen.

Abg. Rutschera (Kommun.) forderte, daß man ohne Vorbehalt auch den nicht beschäftigten Arbeitern wenigstens derart entgegenkommt, wie es das alte österreichische Gesetz vorschrieb, nach dem auch ein Arbeiter, der nur einen halben Tag beschäftigt war, der Krankenversicherung unterliegt. Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Gurik wurde das Gesetz mit vier Änderungsanträgen der deutschen Sozialdemokraten und einem Resolutionsantrag Pohl und Gen. angenommen.

Dann wurde eine Reihe der in der Dienstag- und Mittwoch Sitzung beschlossenen Gesetze, deren dringliche Behandlung anerkannt wurde, in zweiter Lesung angenommen. Zum Schluß der Sitzung hielt Präsident Tomasek eine kurze Abschiedsrede anlässlich der beginnenden Weihnachtserien und teilte mit, daß die nächste Sitzung schriftlich einberufen wird.

Ergebnis der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Budgetausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses gelangten die dem Budgetausschuß zugewiesenen Resolutionsanträge zur Verhandlung. Die Mehrheit lehnte alle Anträge wahllos ab. Besonders hervorzuheben ist der Antrag der deutschen Sozialdemokraten auf Ausgestaltung der Bergwerksinspektion und der Revierbergämter. Trotzdem sich unsere Genossen unter Hinweis auf die große Unfallgefahr in unserem Bergbau für die Annahme des Resolutionsantrages einsetzten, beantragte der Referent Cerny dessen Ablehnung. Diefem Antrage stimmte auch die Majorität zu. Abg. Bobol (slow. Volksp.) referierte über den Resolutionsantrag der deutschen Sozialdemokraten, in welchem die Ausschreibung der Wahlen im Gultschiner Land und in Ostschlesien verlangt wird. Er beantragte, diesen Resolutionsantrag anzunehmen. Hierauf stellte der Meritale Rypar einen Ablehnungsantrag unter Hinweis darauf, daß die Verhältnisse in diesen beiden inkorporierten Ländern angeblich noch nicht genügend geordnet sind, um Wahlen zu ermöglichen. Die Abgeordneten Genossen Dr. Haas und Hadenberg traten für den Resolutionsantrag ein. Er wurde mit elf gegen sieben Stimmen abgelehnt, wobei als interessantes Detail zu bemerken ist, daß der tschechische Sozialdemokrat Vendra sowohl gegen als auch für den Antrag stimmte und zwar offenbar als Stimmlose für und als Untertan der Petta gegen ihn. Da die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Bestattung aller Resolutionsanträge nicht mehr die Staffage machen wollten, verließen sie unter großer Bestürzung der Majoritätsparteien die Sitzung.

Ein Erfolg Des Kampfes gegen Die Zollerhöhungen?

Einer amtlichen Mitteilung an die Blätter zufolge, sollen in der nächsten Zeit keine Erhöhungen der Zölle auf Waren eintreten, die im Haushalt der breiten Massen der Bevölkerung eine bedeutsame Rolle spielen. Damit scheint der Plan des provisorischen autonomen Zolltarifs, den die Regierung lange mit einer Energie verfolgt, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, fallen gelassen zu sein. Die ganze Art, wie die Zollerhöhungen ins Werk gesetzt werden sollten, mußte die leidenschaftliche Empörung der breiten Massen der Konsumenten hervorrufen. Die Regierung stützte sich auf ein Gesetz vom 12. August 1921, wodurch sie ermächtigt wird, die Handelsbeziehungen mit dem Ausland zu regeln. Dieses Gesetz nahm sie zum Vorwand, um eine so einschneidende Maßnahme, wie die Neuregelung des Zollwesens auf dem Verordnungswege zu treffen, ohne die gesetzgebenden Körperschaften zu befragen. Es wurde der Versuch gemacht, das Parlament bei einer wirtschaftlichen Maßnahme von der allergrößten Tragweite auszuschalten. Dabei beinhaltete der sogenannte provisorische Zolltarif gewaltige Zollerhöhungen, sowohl bei Lebensmitteln als auch bei den notwendigsten Gebrauchsartikeln der Bevölkerung, worüber wir hier schon geschrieben haben. Der Handelsminister fand aber mit seinem Zolltarif keinen Anklang bei den Unternehmern; es mußten infolge von Uneinigheiten über einzelne Zollpositionen neuerliche Verhandlungen mit den Unternehmern angeknüpft werden, jedoch der Zolltarif weder, wie zunächst beabsichtigt war, am 1. November, noch, wie später in Aussicht genommen wurde, am 15. November in Kraft treten konnte. In der sozialdemokratischen Presse wurde gegen die beabsichtigten Zollerhöhungen Sturm gelaufen und auch im Reichswirtschaftsrat von den deutschen Sozialdemokraten gegen die beabsichtigten Verfügungen Stellung genommen. Auch die tschechische Gewerkschaftskommission, sowie der Verband der tschechischen Genossenschaften nahmen gegen die lebensvertuernde Wirkung des geplanten Zolltarifs Stellung und die Wellen des Widerstandes schlugen bis in die Petta hinüber, wo man sich auf die Herabsetzung des Wehlozes von 1 K 50 auf 1 K pro Kilogramm einigte, aber nicht einmal diesen Beschluß später aufrecht erhalten konnte. Da der Kampf gegen diese ganz verkehrte Wirtschaft des Handelsministers immer weitere Kreise zog, war der Ministerrat gezwungen, sich mit der Frage zu beschäftigen und soll, wie wir hören, beschlossen haben, bei allen Zollpositionen, die Lebensmittel und Massenartikel betreffen, keine Zollerhöhungen eintreten zu lassen. Gegen den bisherigen Zustand soll sich nichts ändern, als daß bei einzelnen Waren die bisherigen Zolldifferenzen erhöht werden. Die Vorarbeiten für die Schaffung eines definitiven autonomen Zolltarifs sollen so weit beschleunigt werden, daß die Vorlage schon im März vor das Parlament gelangen soll.

Die Zeit bis dahin wird ausgenützt werden müssen, um die Arbeiterschaft über die Wichtigkeit der Zollgesetzgebung aufzuklären, damit nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments ein energischer Kampf gegen alle lebensvertuernden Maßnahmen ge-

führt werde. Auf der einen Seite wollen Staat und Unternehmer die Löhne und Gehälter abbaufen, auf der anderen Seite wollen sie die Lebenskosten der Massen verteuern und so die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen verschlechtern. Gegen diese Absichten wird sich das Proletariat zu wehren wissen.

Kommunistischer Berrat.

Das Proletariat der Tschechoslowakischen Republik wird in der nächsten Zeit heftige Kämpfe um den neuen Zolltarif führen. Was hohe Zölle für die Arbeiterschaft bedeuten, ist in der letzten Zeit anlässlich der Vorlage des provisorischen Zolltarifs durch den Handelsminister in der Öffentlichkeit erörtert worden. Neue Zölle verteuern dem Arbeiter die Lebenshaltung. Von der einen Seite gehen Staat und Unternehmer daran, einen Abbau der Löhne und Gehälter durchzuführen, von der anderen Seite versuchen sie die notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel den arbeitenden Massen dadurch zu verteuern, daß sie hohe Zölle auf die Einfuhr dieser Artikel legen und den einheimischen Kapitalisten dadurch ermöglichen, ungeheure Profite zu erzielen. Man sollte glauben, daß sich kein Arbeitervertreter finden wird, der die Unternehmer in ihrer Forderung nach hohen Zöllen noch unterstützen wird. Allein wer dies glaubt, kennt eben die Kommunisten nicht. Der von Kommunisten geleitete tschechische Verband der chemischen Arbeiter hat es zustande gebracht, die Forderung der Unternehmer nach hohen Zöllen zu unterstützen. Die Unternehmer der chemischen Industrie hielten mit den Vertretern des tschechischen chemischen Verbandes eine Beratung ab, in der sie diese sogenannten Arbeitervertreter dazu brachten, den hohen Zollsätzen auf Schweinefett, Butter und Margarine zuzustimmen. Diese sonderbaren Herrschaften sind es, welche unseren Verband der chemischen Arbeiter zerlegen und die deutschen chemischen Arbeiter dem tschechischen Verband zuführen wollen. Für eine Einheitsfront mit solchen Herrschaften bedanken wir uns. Die Arbeiterschaft will nichts zu tun haben mit Leuten, welche jedem Argument der Unternehmer erliegen und knieweich werden, wenn sie mit den Unternehmern verhandeln. Sie nennen sich Kommunisten, tragen das radikale Gehebe zur Schau, führen revolutionäre Phrasen im Munde, verfügen aber weder über die Energie noch über die geistigen Qualitäten, den Kampf gegen die Unternehmer zu führen. Will man heute die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, so gehören dazu mehr als ein paar Versammlungssphrasen. Man muß sich schon gewisse Kenntnisse des Produktionsprozesses unter der Volkswirtschaft aneignen, sonst wird man eine Beute der Unternehmerrhetorik. Der Vorkall beweist nur wieder die ganze Pohlsheit der kommunistischen Marktschreier, die die bisherigen Vertrauensmänner der Gewerkschaften aller erdenklichen Dinge beschuldigen und selbst am wenigsten geeignet sind, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Inland.

Die „moralische“ Bedienung der Herabsetzung der Beamtengehalte. In Königgrätz fand Sonntag eine Gantagung der Beamtenvereinigungen der tschechischen nationaldemokratischen Partei statt. Zuerst referierte der Verbandssekretär Mr. Flegl über die eben angenommene Regierungsvorlage betreffend die Herabsetzung der Beamtengehalte. Er sagte: Die Verminderung der Gehalte des Staatsangestellten und der autonomen Beamten sei eine Folge der unverantwortlichen Wirtschaft der Regierung Zuzar. Die tschechischen Sozialdemokraten verhöhndend, meinte er,

nicht ihresgleichen hat. Sie gestattete ihm, einen bölligen Ausgleich zwischen Wollen und Vermögen, der im Wesen mit dem Ernst und der Ehrlichkeit seines Kunstschaffens keinem Bedenkenswert das auszeichnende Gepräge gibt und seinem Schöpfer einen Ehrenplatz unter den Musikern des modernen Frankreich sichert, das in Bizet und dem nun Verstorbenen seine hervorragendsten Komponisten besitzt.

Camille Saint-Saens, der am 9. Oktober 1835 in Paris das Licht der Welt erblickte, zählt zu den erstaunlichsten Wunderkindern der musikalischen Welt und ist an Frühreife nur mit Mozart zu vergleichen. Beinahe in der Wiege zeigte sich schon dieser verblüffende Musikgenie, der von der musikalischen Mutter sorgsam gepflegt und geistlich ausgebildet wurde. Mit drei Jahren spielte der kleine Camille schon vom Blatt und im Alter von fünf Jahren versuchte er sich als Komponist. Von Saint-Saens und Malekand pianistisch und theoretisch vorgebildet, bezog er dann das Pariser Konservatorium, wo Salabey sein Hauptlehrer in der Komposition war. Daneben erhielt er vom Couod Privatunterricht. Im Jahre 1852 unterlag Saint-Saens bei der Konkurrenz um den Kompreis selbstmestweise einem im Handverwerk besser ausgebildeten Bewerber namens Sieg, und es ist eine rechte Ironie des Zufalls, daß es gerade der grimmige Feind aller Preisrichter, Hector Berlioz, sein mußte, der dem zukünftigen Meister die Rolle des Bed-

Feuilleton.

Camille Saint-Saens.

Die französische Musik hat in Camille Saint-Saens, der nach einem künstlerisch ungemein fruchtbaren und erfolgreichen Leben, 86 Jahre alt, in Algier gestorben ist, den letzten Vertreter des Klassizismus verloren, einen Lieddichter, der als getreuer Eckart die klassische Ueberlieferung und Charakterisierungsmusik nachdrücklich zu schützen gesucht hat. Saint-Saens war eine durch und durch musikalisch und ästhetisch empfindende Natur; impressionistische Klangmalerei, Erweiterung der Grenzen der musikalischen Ausdrucksmöglichkeiten, tonmalerei, Symbolik und Individualisierung waren ihm wesensfremd wie die ganze, die alten Formen zertrümmernde musikalische Moderne. Sie war mit seinem hochentwickelten Gefühl für Schönheit und Harmonie so unvereinbar, daß er keine Gelegenheit vorübergehen ließ, seiner Abneigung gegen die neue musikalische Richtung Ausdruck zu geben. Leider ließ er sich in diesem, die nationale Kunst gegen fremde und insbesondere deutsche Einflüsse verteidigenden Kampf zu plumpen Ausfällen gegen deutsche Musik und deutsche Musiker hinreißen, Ausfällen, die ihn dem Verdacht chauvinistischer Sonderinteressen aussetzen mußten, und die umso unorguälicher wirkten, als er es in erster Reihe

dem deutschen Publikum und deutschen Künstlern zu danken hatte, daß seinen Werken die lange versagte Anerkennung wurde. Denn das Wort von dem Propheten, der nichts in seinem Vaterlande güt, hat sich bei Saint-Saens mit voller Schärfe bewahrheitet. Gelangte doch selbst seine Oper „Samson und Dalila“ auf Sizis Vetreiben bald nach ihrer Vollendung am 2. Dezember 1877 in Weimar unter Bachners Leitung zur Uraufführung, um erst dreizehn Jahre später den Weg in das Vaterland des Komponisten zu finden. Und Sizis war es auch, der seinen mit genialer Hand hingeworfenen „Poemes symphoniques“, die den Ruhm des französischen Komponisten begründeten, den Weg in die deutschen Konzertsäle bahnte, wo sie begeisterte Aufnahme fanden und rasch festes Heimatsrecht erlangten. Kurz, Deutschland war das Land, das den Werken des Komponisten wie dem Klavierspieler und Dirigenten Saint-Saens von Anfang an Interesse und Verständnis entgegenbrachte.

Saint-Saens Begabung wurzelte ausgesprochenenmaßen im Formalen. Seine gefällige Formgestaltung und unbedingte Wahrung der Symmetrie sind das A und O seiner Kunstübung, die in der geschmeidigen Eleganz und seinen Politur der Arbeit, in der durchsichtigen Klarheit der Gliederung, in dem spiegelglatten Fluß der musikalischen Diktion alle Vorgänge der französischen Kunsttechnik im Vollglanz aufzeigt. Und auch darin kennzeichnet

er sich als vassechter Vertreter nationaler Kunst, daß seine musikalische Sprache durch echt gallischen Sprit und eine Fülle geistprübender Wendungen das Ohr des Hörers gewinnt und fesselt, blühende Juwelen, deren überdies eine schier unerschöpfliche Kombinationsgabe an Klangfarben und Klangnuancen die bestechendste Fassung zu geben weiß. In der Erkenntnis seiner eigentlichen Stärke und der Grenzen seiner Begabung verzichtete Saint Saens von vornherein darauf, Pfadfinder für neue Ausblide in die Zukunft der Tonkunst zu sein; er ließ sich daran genügen, mit dem ganzen Nachdruck seiner meisterlichen Formbeherrschung das Erbe der Klassiker zu verteidigen und durch kluge Ausnutzung der differenzierteren Ausdrucksmittel der modernen Musik zu bereichern. Von fremden Einflüssen hat er seinen ausgeprägten Stil im übrigen freigehalten; er hat, was er von Richard Wagner übernommen hat, beschränkt sich auf den äußeren Aufbau der Orchesterbehandlung und Aufsätze zu leitmotivischer Bildung in seinen Opern. Leidenschaft und glutvolle Empfindung sind Saint-Saens starke Seite, allerdings so wenig wie kraftvolle Empfindung; wie denn überhaupt in allen seinen Schöpfungen der Kunstverstand über das Kunstempfinden die Oberhand gewinnt. Dafür entschädigt er aber durch eine Formvollendung in der Ausgestaltung und eine Technik des Tonfahes, die an seinem Schluß in der neufranzösischen Musikschule



Das die Verteidiger und Mitschuldigen des Tzarischen Systems nunmehr selbst an die Restriktion der Gehälter schreiten müßten. Zum Schluß erklärte Herr Negl, daß die Beamten-schaft, obwohl sie selbst in einer bösen Lage sich befinde, Opfer bringen wolle, aber sie fordere, daß die Regierung auch von anderer Seite Opfer verlange. Nachdem der Redner dem Bericht der „Nar. Dem.“ zufolge geschlossen hatte, ergriff zum politischen Referate der nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Matoušek das Wort. Um die Abstimmung zu begründen, berief er sich auf die Geschichte der Koalition. „Es blieb kein anderer Ausweg als zwischen der Koalition mit der deutschen und der allnationalen Koalition zu wählen. Die politische „Betta“ ist eine ausgeprägte Macht, an ihrem Beschlusse ist das Schicksal der Koalition und damit das Schicksal der staatsbildenden Mehrheit geknüpft. In der „Betta“ war man überzeugt, daß der moralische Einfluß, der durch die Votierung gerade dieses Gesetzes ausgeübt werden wird, weitreichend sein wird, und daß der Staat nunmehr rücksichtslos an die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders in den Lohnkämpfen wird herantreten können, welche die Produktion und dadurch den Konsum verfeinern.“ — Es wird also in der unerschämtesten Weise vonseiten des nationaldemokratischen „Beamtenvertreter“ der Zweck der Beamtenlohnendrückungsvorlage aller Welt kundgetan. Es ist so, wie wir es gleich hervorzuheben haben: Der Staat geht als Lohndrücker voran, entsprechend den Intentionen der nationaldemokratischen Drahtzieher.

**Eine Reminiscenz aus der Budgetdebatte.** In der Budgetdebatte des Senats führte ein tschechischer Sozialdemokrat folgendes aus: Die Gesandten Jugoslawiens und Rumaniens in Nordamerika beziehen ein Gehalt von 11—12.000 Dollars, der Vorkämpfer der französischen Republik ein solches von 18.000 Dollars. Demgegenüber hatte der tschechoslowakische Gesandte bis vor kurzem nebst freier Wohnung ein Gehalt von vierzigtausend Dollars gleich rund Kc 3.200.000; da der Standard hoch war, wurden die Bezüge auf 27.000, später auf 24.000 Dollars herabgesetzt. Immerhin bezieht er heute noch 2.000.000 Kc und um eine halbe Million Kronen mehr als der Vorkämpfer der großen und reichen französischen Republik. So wie hier, ist es auch in den anderen Staaten, woraus hervorgeht, daß dieser Staat viel Geld für seine Protektionen zum Fenster herauswirft. Wenn man mit dem Sparen anfangen will — und das ist notwendig — dann möge hier begonnen werden, nicht aber bei den Lehrern und Beamten.

Ueber die Regierungspresse äußert sich der gestrige Leitartikel der „Tribuna“ in beachtenswerter Weise. Es wird dagegen Stellung genommen, daß gerade in einer Zeit, die für Zeitungsunternehmen so schwer ist, die Regierung mit Hilfe von Fonds, deren Ursprung im Rebel liegt, den Zeitungen Konkurrenz macht. Dadurch wird die Unsicherheit der Zeitungsunternehmungen erhöht. Die nicht unter dem Einfluß der Regierung stehende Presse kann darum zwar nicht erschlagen werden, aber ihre Position wird erschwert. Welche Hoffnungen verbindet denn die Regierung mit der Gründung von Regierungsblättern? Welche Bewegung will sie dadurch hervorbringen? Die Leser der Regierungsblätter sind zu 90 Prozent politisch indifferent. Man braucht wirklich einen besonderen Charakter dazu, um als Erwachener und unabhängiger Mensch ein Regierungsblatt zu abonnieren. Alles was politisch und wirtschaftlich irgendwie ins Gewicht fällt, liegt außerhalb der Regierungspresse. Die Leser der Regierungspresse sind Leute, die sowohl vom

Arzt, als auch vom Leben pensioniert wurden. Die Idee des tschechoslowakischen Staates braucht durch die Regierungspresse nicht verbreitet zu werden, denn es stünde schlecht um die tschechoslowakische Selbständigkeit, wenn die Bewohnern durch die Regierungspresse das Staatsbewußtsein eingemipft werden sollte. Das Staatsbewußtsein ruht in den Händen der großen tschechischen Parteien. „Wir haben viele Fälle gesehen, daß Leute auf den guten Weg gebracht wurden, aber wir haben niemals gesehen, daß sie dazu gebracht wurden durch das Lesen eines Regierungsblattes. Ein solches Bild aus dem Leben mag nicht einmal ein Schullesebuch zu bringen.“

**Neue Arbeit für den Wahlgerichtshof.** Wie die „Nar. Dstny“ erfahren haben wollen, wird der Klub der tschechischen Sozialdemokraten darauf drängen, daß die Abg. Vubník, Kriz und Těsta ihrer Abgeordnetenmandate aus denselben Gründen wie der ehemalige Abg. Drobný für verlustig erklärt werden. In Abgeordnetenzirkeln verlautele gestern, wie die „Tribuna“ meldet, daß die Sozialdemokraten an das Wahlgericht eine Klage wegen Annullierung des Mandates des Abg. Kriz überreichen wollen, der zuerst Sozialdemokrat, dann Rentrist war und gegenwärtig Kommunist ist.

**Verlust des Abgeordnetenmandates.** Der kommunistische Abgeordnete Lajos Suranyi wurde auf Grund einer Entscheidung des Wahlgerichtshofes seines Mandates verlustig erklärt. Das Mandat wurde seinem Erbkammernar Wenbel Bartak zuerkannt.

**Die Gefährdung des Paritätsgesetzes der Lehrer.** Gegen die Durchbrechung des Paritätsgesetzes nahmen am 14. Dezember Vertreter des deutschen Lehrerbundes, des Reichsverbandes der deutschen Bürgerschullehrer, des Zentralvereines deutscher Lehrerinnen und des Vereines der deutschen Handarbeitslehrerinnen Stellung, indem sie in persönlichen Vorgesprächen die deutschen parlamentarischen Verbände des Abgeordnetenhauses und des Senates ersuchten, diese vollständig ungerechtfertigte Schädigung der beiden Gruppen mit allem Nachdruck hintanzuhalten. Die deutschen Parteien gaben die Erklärung ab, geschlossen für die volle Wahrung der Parität in den Bezügen der Lehrer und Staatsangestellten einzutreten.

**Ein slowakisches Memorandum.** Wie einige Blätter gestern meldeten, bereitet der Klub der slowakischen liberalen Abgeordneten ein umfangreiches Memorandum vor, in welchem die Beschwerden der Slowaken gegen das bestehende Regime ausführlich auseinandergesetzt werden. Es wird die Forderung nach völliger Autonomie für die Slowakei erhoben. Das Schriftstück wird nach Neujahr durch eine eigene Deputation dem Präsidenten Masaryk übergeben und in mehreren fremden Sprachen auch dem Ausland zugänglich gemacht werden.

**Eine Hausbesitzerpartei.** Wie „Nude Pravo“ meldet, haben die Hausbesitzer, die in Weinberge eine Versammlung abhielten, eine neue politische Partei gegründet. Sie beschwören sich, daß sie von allen politischen Parteien verlassen seien und daß sie für ihre Forderungen in einer eigenen selbständigen Partei einstehen müssen.

**Ein Gesetz über Landesauschüsse.** „Nid. Nov.“ teilen aus Prag mit, daß das Unterrichtsministerium den einzelnen politischen Parteien einen Gesetzentwurf über die Landesauschüsse zur Begutachtung übermittelt hat, in welche die bisherigen Landesräte umgewandelt werden. In Böhmen und Mähren sollen diese Ausschüsse 23 Mitglieder sein, darunter 8 Deutsche und 2 Vertreter des Landesverwaltungsausschusses enthalten.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Protestversammlung der tschechischen Staatsangestellten.** Dienstag fand unter ungeheurer Beteiligung auf der Sophieninsel in Prag eine Protestversammlung der tschechischen Staatsangestellten und Lehrer gegen die Herabsetzung der Gehälter statt. Die Versammlung war von der Unie Jezekmici (Eisenbahnerunion), der Unie postovní (Postlervereinigung), und der Česla obec učitelů (tschechische Lehrergemeinde) einberufen. Die Erbitterung wegen der beschlossenen Lohnkürzung war ungeheuer, die sich namentlich als der nationalsozialistische Abg. Pelikan die Abstimmung der Koalition zu verteidigen suchte, in heftigen Zurufen Luft machte. Seine Ausrede, daß die Gehälterkürzung notwendig war, um die Valuta des Staates zu heben, rief einen derartigen Lärm hervor, daß Pelikan nicht weiter sprechen konnte. Der tschechische Rentrist Abg. Brodecky erklärte, die Koalition der Sozialisten mit dem Kapital sei das Unglück des Proletariats, und wenn sie lange anhalten sollte, würde sie zum Unglück des tschechoslowakischen Staates. Die Verminderung der Staatsangestelltengehälter und die Verletzung des Paritätsgesetzes der Lehrerschaft war eine Provokation, die Art, wie das Gesetz zustande kam, ist verfassungswidrig. Redner ist überzeugt, daß wir am Vorabend großer sozialer Kämpfe des gesamten arbeitenden Volkes gegen den Ansturm des Kapitalis-

mus stehen. Dann sprach Bergmann im Namen der Postler. Er erklärte, daß mit den Staatsangestellten weder Regierung noch Abgeordnete der Koalitionsparteien verhandeln wollten.

Der Vertreter der Lehrerschaft Džit verkündet die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Koalition und die einseitige Front aller Unterdrückten. Dann sprachen noch der Kommunist Daken und der Vertreter der Modracel-partei Kleiner. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, in der gegen das Gesetz und gegen die Art seiner Durchberatung protestiert und gefordert wird, daß die sozialen Forderungen der Staatsangestellten losgelöst werden von allen Fragen der Politik, durch Versammlungen zwischen den Vertretern der Angestelltenorganisationen auf der einen und denen der zugehörigen Ressorts auf der anderen Seite gelöst werden. Ferner wird gefordert, falls das Gesetz nicht mehr abgeändert werden würde, daß die Notarhilfe um die Beträge erhöht werde, um die nach dem Gesetze die übrigen Bezüge gekürzt werden. Wegen der Versammlung war ein starkes Polizeiaufgebot ausgerückt, um den Zug der Versammlungsteilnehmer zum Parlament zu verhindern.

**Ein Valutenanforderungsgesetz in Oesterreich.** Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Nationalrates brachte Finanzminister Dr. Súrler einen Gesetzentwurf betreffend die Anmeldung der Bestände an ausländischen Zahlungsmitteln bis spätestens 28. Dezember ein. Im Gesetz wird ausdrücklich erklärt, daß die angemeldeten Valuten weder angefordert, noch zum Zwecke der Anforderung beschlagnahmt werden dürfen und daß der Besitzer darüber frei verfügt. Diejenigen, die ihrer Anmeldepflicht voll nachkommen und dem Staate ihre ausländischen Valuten etc. bis 15. Jänner 1923 zur Verfügung stellen, wird volle Steueramnestie gewährt. Die angemeldeten ausländischen Zahlungsmittel können entweder gegen 5 Prozentige auf eine wertstabile ausländische Währung lautende oder gegen 5 Prozentige auf Kronen lautende Schuldschreibungen, die beide innerhalb von 10 Jahren verlosbar sind, zur Verfügung gestellt werden. Das Gesetz enthält strenge Strafbestimmungen gegen die Verletzung der Anmeldepflicht, darunter auch den Verfall der Valuten. In der Begründung wird erklärt, daß das Gesetz nur auf die eigentliche Valutahamsterei abzielt. Der legitime, d. h. für produktive Zwecke und Schuldensahlungen nötige Bedarf an Valuten soll in jeder Richtung gesichert werden. Deshalb wird vorgesehn, daß die Amnestie auch dann aufrecht bleibt, wenn der Anmeldende aus einzuliefernden Valuten eine solche Höhe zurückbehält, um dem ange-deuteten Zwecke entsprechen zu können. Durch ein besonderes Gesetz wird der Finanzminister ermächtigt, die zur Vergütung der eingelieferten Valuten benötigten Staatsobligationen ohne Beschränkung auf einen Höchstbetrag auszugeben sowie zur Beschaffung der zur Vergütung nötigen Zahlungsmittel fünfzehn Milliarden im Kreditwege aufzunehmen.

**Des Teufels Werkstatt.** Ueber Edgewood, die eine halbe Stunde von Baltimore gelegene amerikanische Fabrik giftiger Gase, die wahrscheinlich die größte ihrer Art auf der Welt ist, berichtet ein englische Blatt Näheres. Es ist dort eine kleine Armee untergebracht, die ausschließlich für den chemischen Krieg bestimmt ist und aus 100 Chemikern, 101 Offizieren, 2000 Soldaten und 1200 Zivilpersonen besteht. Die Fabrik ist in den letzten Kriegsmontaten fertiggestellt und in Gang gebracht worden; sie vermochte damals im Tag 200 Tonnen giftigen Gases zu liefern. Heute ist die Produktion natürlich sehr eingeschränkt, aber alles befindet sich in fester Bereitschaft, und die Versuche werden ständig fortgesetzt. Auch die amerikanische Gasmaske ist in der Zwischenzeit wesentlich vervollkommenet worden; sie kann jetzt in 3 Sekunden aufgesetzt werden, während dafür bei dem englischen Modell 6 Sekunden notwendig waren. In Edgewood wird erstickendes Gas, verbrennendes, erbrechenregendes und die verschiedenen tränenregenden Gasarten hergestellt. Das wirksamste von den in Edgewood erzeugten Gasen ist jedoch das Lewisite, ein verbrennendes Gas von besonderer Kraft. Es breitet sich langsam aus. Der Angriff auf eine Stadt kann damit von Flugzeugen aus mittels Bomben oder Pumprohren erfolgen. Es verbrennt Gasmaske, Kleidung, Haut und Fleisch und zerstört beim Einatmen die Lungen. Man berechnet, daß ganze Bevölkerungen großer Städte mit Hilfe des Lewisite in ganz kurzer Zeit vernichtet werden können. Die Gasbomben, die man jetzt herstellt, werden 250 kg wiegen, wobei eine Tonne auf den Explosivstoff, der Rest auf das Gas gerechnet wird. Die glorreichen Erfinder dieses Teufelsgases sind die Professoren Newlands und Lee Lewis. Schutzmittel dagegen gibt es nicht. Wahrscheinlich bei diesen Schilderungen kann man den Glanzen an die Menschheit verlieren. Da mühen sich „Erfinder“ und Tausende von Arbeitern, entsetzliches Mordgerät zu bereiten, von denen

hungen der Nahrungsmittelkette, dem hungernden Rusland beizuspringen, hört man nichts. Dem ein Fortschritt der „Wissenschaft“, bei dem kein Verdienst herauschaut, hat heutzutage keinen Sturz wert.

**Ein Seeräuberkrieg an der chinesischen Küste.** Der Dampfer „Sabanglee“ wurde zwischen Shanghai und Sintang von Piraten überfallen. Der Kapitän und die anderen europäischen Offiziere wurden in einem Raume eingeschlossen und hierauf das Gepäd der Reisenden geplündert. Nachdem die Maschinen des Dampfers gebrauchsunfähig gemacht worden waren, fuhr die Piraten auf einem Fischdampfer davon. Ein chinesischer Passagier wurde beim Ueberfall getötet. Die Piraten sollen 120.000 Dollars erbeutet haben.

**Ein ruhiges Leben.** Englische Zeitungen erzählen: Exkaiser Karl führt auf Madeira ein sehr ruhiges Leben und hält sich von jeder politischen Betätigung fern. Das Tor seiner Villa ist stets geschlossen und es steht kein Militärposten vor ihm. Wenn der Exkaiser in seiner Bewegungsfreiheit zu hindern, als Kaiser ausgeht, bewachen ihn stets zwei portugiesische Polizeibeamte, aber nicht so sehr, um ihn gegen Unbescheidenheiten des Publikums zu schützen. Das Personal des Hofstaates des Exkaisers wurde bis auf einen einzigen Diener entlassen. Der Rest wird von dem Personal des „Palace“-Hotels besorgt. Die Villa, die der Exkaiser bezogen hat, ist übrigens bloß für ein Jahr gemietet worden.

**Die Beerdigung des Genossen Karl Schowanek.** Dienstag nachmittags wurde Genosse Karl Schowanek, Kreissekretär des Zentralverbandes der Angestellten in Bodenbach in Reichstadt beerdigt. Der Trauerfeier wohnten Deputationen einer Reihe von Organisationen bei. Namens des Zentralvorstandes sprach Abg. Gen. Sírš am offenen Grabe tief empfundene Abschiedsworte. Für die Angestellten der Ortsgruppe Bodenbach widmete Gen. Sírš, Bodenbach, für die Arbeiterschaft des Kreises Gen. Schiller, Bodenbach dem Toten Worte herzlichen Gedenkens. An der Beerdigungsfeier nahmen teil: Vertreter des Vorstandes des Zentralverbandes der Angestellten, der Ortsgruppen dieses Verbandes in Bodenbach, Niegersdorf, Haiba und Teplitz, Kreisgewerkschaftskommission, Kreisvertretung, sozialdemokratische Bezirksorganisation Bodenbach und Haiba, die Kreisleitung der Jungmännlichen, Werkmeister- und Industriebeamtenverein, Verband der tschechischen Angestellten in Teplitz, Metallarbeiter, Bauarbeiter, chemische Arbeiter, Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie, Freidenker, deren Kranzspenden den Sarg mit den letzten Blumengrüßen schmückten. Für die Angestelltenbewegung bedeutet der Tod Karl Schowaneks einen schwer erfahrbaren Verlust. Trotz seiner Jugend, er zählt erst 24 Jahre, hat er Bedeutendes in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung geleistet.

**Ein kommunistisches Unternehmen.** Aus Oberberg meldet das tschechische Pressebureau: Montag abends nach Veröffentlichung der Aufforderung des Verbandes der Industriellen an die Arbeiter, längstens bis 21. ds. M. bedingungslos die Arbeit anzutreten, wollten einige Kommunisten die hiesige chemische Fabrik (Sacharinwerke) als Eigentum der Arbeiterschaft proklamieren. Eine etwa 15gliedrige Arbeiterdeputation mit dem Arbeiter Boucek an der Spitze drang nach 6 Uhr abends in die Kanzlei des Direktors der Unternehmung Boudrysel und stellte ein Ultimatum, in dem verlangt wird, daß entweder die Teuerungsbeträge bewilligt werden oder daß er bis 7 Uhr abends mit der Beamtenschaft das Unternehmen verlasse. Durch Einschreiten der Polizei wurde dieser Versuch verhindert. Die kommunistischen Führer hatten bereits die Funktionen in der Fabrik verteilt. Sieben Hauptadelsführer wurden verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

**Regelung der Bücherpreise.** Der Reichswirtschaftsrat beschloß in seiner letzten Sitzung, daß die Preise jener Bücher, die bis zum 31. Dezember 1919 herausgegeben wurden, um 500 Prozent, die im Laufe des Jahres 1920 herausgegebenen um 100 Prozent erhöht werden dürfen, während eine Verteuerung der neuer erschienenen Bücher für unzulässig erklärt wurde. Von dieser Regelung sind Lesebücher, deren Preise das Unterrichtsministerium festsetzt, ausgenommen, desgleichen Prachtwerke, die nicht neuerlich herausgegeben werden können, sowie wissenschaftliche Werke, die für einen engeren Leserkreis bestimmt sind. — Also was darf nicht verteuert werden?

**Verband deutscher reisender Theaterunternehmer und Schauspieler in der Tschechoslowakischen Republik.** Auf Veranlassung des Herrn Rud. Breuer, Schriftleiters und Herausgebers des „Neuen Bühnen-Wolans“, fand statt reisender Theater sowie einiger Direktoren und Schauspieler, wurde am 9. d. M. im Arbeiterheim Altrouha bei Karlsbad obiger Verband ins Leben gerufen. Der Verband macht es sich zur Aufgabe die Standesinteressen der reisenden Theater zu vertreten und zu fördern und durch die Einführung von ausschließlichen Gagen-Verhältnissen und die Abschaffung der Teilungs-Unternehmen auch dem reisenden Schauspieler entsprechende Existenzmöglichkeit zu schaffen. In dem Verbands ist auch ein



Mitglieds-Sterbefälle, die nach halbjährigem Bestehen bereits in Kraft tritt und eine Alters-Beihilfefassa vorgehen; letztere tritt erst nach 10jähriger Mitgliedschaft in Kraft. Die diesbezüglichen Statuten werden umgebend den Behörden vorgelegt und der Verband beginnt ab 1. Jänner seine provisorische Tätigkeit. In den Vorstand wurden gewählt Direktor Fr. Tichy als Präsident, Direktor Rudolf Kriete als Obmann der Direktoren-Sektion und Ed. Feineke, Schauspieler, als Obmann der Schauspieler-Sektion als Vizepräsidenten, Kapellmeister Anton Hoffmann als Schriftführer. Zum Verbands-Sekretär wurde Rudolf Brenner in Altroslau, wo sich der Sitz des Verbandes befindet, bestellt, an dem alle Zuschriften zu richten sind. Der Verband hat ein Konto der Altroslauer Sparkassa und werden alle Geldgeschäfte durch diese abgewickelt.

**Ein Märtyrer der Arbeit.** Von einem tragischen Vorkommnis in einem Bergwerk Sidaritas berichten englische Blätter. Dort waren durch ein Minenunglück zwei Bergleute verschüttet worden. Es gelang, den einen von ihnen nach 60 Stunden unablässiger Arbeit herauszuholen, doch starb er kurz nach der Befreiung an seinen Verletzungen und an Erschöpfung. Man machte sich nun mit umso größerer Anstrengung daran, seinen Gefährten zu retten, einen Bergmann namens Johnston, der etwas entfernt von ihm eingeklemmt war und mit seinen Bekleidern sprechen konnte. Er vermochte etwas zu essen und zu trinken, war aber so fest eingeklemmt, daß es unmöglich war, ihn loszumachen, ohne ihm schweren Schaden zuzufügen. Während nun die Arbeitenden noch versuchten, die letzten Hindernisse beiseite zu räumen, brachen neue Felsen ein, und zugleich erfolgte ein Einstürzen von Gestein, sodaß sich die Retter zurückziehen mußten. Ihr Führer kehrte noch einmal unter großer persönlicher Lebensgefahr zurück und erklärte Johnston den Sachverhalt. Der Unglückliche nahm die Nachricht ruhig auf und ließ letzte Grüße an seine Frau bestellen. Dann ergab er sich seinem Schicksal.

**Ein Doppelselbstmord.** Im Parterrezimmer des Gasthauses des Wenzel Wessely in Bistov wurden gestern die beiden Kellner Emil Naschinec und Rudolf Felinek tot aufgefunden. Im Zimmer fand sich ein Kübel mit glühender Sulfat- und bei Felinek's Lager eine Flasche mit Salzsäure vor. Es handelt sich offenbar um einen gemeinsamen Selbstmord.

**Auf dem Hausdor aufgehängt.** Auf dem Hausdor Nr. 202 in Bistov erhängte sich vorgestern um zehn Uhr abends der Metallgießer Franz Gofurt. Er wurde aber von einem unbekannten Mann beobachtet und gerettet.

**Taschendiebstahl.** Der Lehrerin Marie Hausler wurden im Gebäude der Zivnostenska Bank am Graben ein Kästchen mit 5020 K., einem goldenen Halsband mit Granaten, einer goldenen Nadel und Lose der Klassenlotterie entwendet.

**Nachtrag zum Senatsbericht.**  
Zwei Nachsitzungen.

In der dritten Sitzung, die um halb 11 Uhr nachts begonnen hat, kamen unter anderem Rechnern die Genossen Senatoren Löw (Kriegsbeschädigten - Vorlage) und Wieschowski (Gesundheitszuschlag zu den direkten Steuern) zu Worte. Es werden noch die Genossen Reizl und Jarolim sprechen. — Nach Mitternacht wird noch eine vierte Sitzung eröffnet. Der Senat hat die Absicht, seine Beratungen heute um 11 Uhr vormittags fortzusetzen.

**Protestveranstaltungen**

ber Staats- und öffentlichen Angestellten, Eisenbahner und Lehrer, finden am Donnerstag, den 22. Dezember, in folgenden Städten statt:  
Bodenbach, Referent Abg. Gen. Schweichhart,  
Oger, Referent Abg. Gen. Schuster,  
Mährisch-Schönberg, Abg. Gen. Häusler,  
Jägerndorf, Abg. Gen. Seeger,  
Komotau, Abg. Gen. Kaufmann,  
Kalsbad, Gen. De Witte,  
Tepitz, Abg. Gen. Hirsch,  
Troppan, Abg. Gen. Foll,  
Teichstadt, Abg. Gen. Fischer,  
Reichenberg, Abg. Gen. Grünzner.

**Ausland.**

**Erfolge der U. S. P. in Südwestsachsen.**  
In Sachsen fanden an den letzten vier Sonntagen in der Mehrzahl der Gemeinden die Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Die Wahlen wuchsen über ihre lokale Bedeutung hinaus, wenn auch in anderem Sinne, als es das reaktionäre Bürgertum erhoffte. Die bürgerlichen Parteien Sachsens, die mit allen Mitteln die Beseitigung der sozialistischen Regierung erstrebten, erhofften von dem Ausgang der Gemeindevahlen ein neuerliches Anschwellen der schwarzen Flut. In diesen Hoffnungen sehen sie sich getäuscht. Insbesondere in Südwestsachsen, im Erzgebirge, dem Vogtland und im Zwickauer-Crimmit-

schauer Industriebezirke haben sich die sozialistischen Parteien gut geschlagen. Gelang es doch in allen größeren Orten, in denen die Wahlen im Anfang eine meist rechts sozialistische Mehrheit gebracht hatten, die sozialistische Mehrheit zu halten. Und in Industrieflecken von Bedeutung, wie Zwickau und Glauchau, wurde die bis jetzt bestehende bürgerliche Mehrheit beseitigt. In Glauchau tritt eine sozialistische an ihre Stelle, während in Zwickau Stimmengleichheit besteht. Ebenso konnte in einer ganzen Anzahl kleinerer Orte zum ersten Male die sozialistische Mehrheit errungen werden.

Müssen also nach diesem Ausfall der Gemeindevahlen die bürgerlichen Parteien ihre Hoffnung, daß baldige Landtagswahlen ihnen den Sieg sicher bringen werden, stark abdämpfen, so sind die Erfolge der Unabhängigen besonders erfreulich. Die letzten Wahlen in Sachsen fanden im November 1920 statt und brachten der U. S. P. als Auswirkung der kommunistischen Spaltungsbereitungen auch in Südwestsachsen einen empfindlichen Rückschlag. Seitdem ist ein Jahr vergangen. Und diese Zeit hat genügt, um es allen — die so gerne von der sterbenden U. S. P. reden — zu beweisen, daß die U. S. P. lebt und sich nach ihrer innerlichen Festigung rüstig nach vorwärts entwickelt. In fast allen Orten im Bezirk Zwickau-Zwickau hat die U. S. P. ein starkes Anwachsen ihrer Stimmzahlen aufzuweisen. Es zeigt, daß in den Arbeiterschaften das Vertrauen zur U. S. P. im Wachsen begriffen ist. Weder die Rechtssozialisten noch die Kommunisten können in Südwestsachsen von einer gleichartigen Entwicklung ihrer Partei berichten. Die Rechtssozialisten weisen in vielen Orten noch eine weitere Rückwärtsentwicklung auf. Die Erfolge haben selbstverständlich die Hoffnungen und die Arbeitsfreudigkeit unserer Genossen neu belebt, die sie in neuer Arbeit für die Partei auswirken wird.

**Freikorps „Oberland“.**

Die Freikorps, darunter auch das Freikorps „Oberland“ sind durch Reichsverordnung aufgelöst. Aber in München konnte trotzdem am 17. und 18. Dezember eine Gedenkfeier dieses Freikorps stattfinden, obwohl seine Tätigkeit in Oberösterreich und seine Mordverurteilung bekannt sind. Die Mörder Erzbergers und Wares' entstammen dem „Oberland“ und niemand kümmerte sich darum, daß diese rein militärische Organisation ihre öffentliche Feier mit allem Klombim und Trara abhält, wie dies in München bei militärischen Feiern üblich ist. Außerdem wurde ein „Bund Oberland“ gegründet, der als Fortsetzung des Freikorps „Oberland“ anzusehen ist. Auch darum hat sich bis jetzt die Reichsregierung nicht gekümmert. Vielleicht nimmt man sich in Berlin doch einmal die Mühe, der neuen „Oberland-Gründung“ ein wenig Beachtung zu schenken, bevor neues Unheil entsteht.

**Verfolgungen in der Sowjetukraine.**

Das ausländische Komitee der ukrainischen sozialistisch-revolutionären Partei hat ein Schreiben an die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei gerichtet, in welchem sie deren Aufmerksamkeit auf die furchtbaren Zustände in der Ukraine lenkt. Die ukrainische Sowjetregierung hat in Kamenez-Podolsk zwei minderjährige Mädchen, Paraskevia Mala, fünfzehn Jahre alt, und Konstanze Lakasewyewa, vierzehn Jahre alt, verhaftet, und den jungen Mädchen droht die Erschießung, falls sie im Augenblick überhaupt noch am Leben sind. Andere minderjährige Personen wurden bereits erschossen, so Burko Prochodko, 17 Jahre alt, M. Bohachy und mit ihm fünf Schüler im Alter von sechzehn bis zwanzig Jahren und A. Dubovecla, die Tochter eines Arbeiter, sechzehn Jahre alt. Trotzdem das Strafrecht jedes zivilisierten Staates einen Unterschied zwischen dem jugendlichen und erwachsenen Täter macht, kennt die Disziplinregierung in der Ukraine diesen Unterschied nicht. Die ukrainische sozialistische Partei bittet daher die kommunistische Partei der Tschechoslowakei, alles Mögliche zu versuchen, damit die Sowjetregierung in der Ukraine im Namen des Kommunismus die unmündige ukrainische Jugend nicht androhte und sie ersucht sie, darauf hinzuwirken, daß die Todesstrafe für Kinder abgeschafft werde.

**Briand und die europäische Konferenz.**

Paris, 20. Dezember. (Savas.) Den Plan, eine Konferenz der Ententestaaten einzuberufen, will England insofern erwirrt sehen, daß zu diesem Kongresse außer den alliierten Staaten und der Kleinen Entente die früher feindlichen Staaten Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw., sowie Rußland und die europäischen neutralen Staaten eingeladen würden. Eine Zustimmung Briands zu diesem Vorschlage Lloyd Georges würde voraussetzen, daß die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands aufrecht bleiben und daß ein englisch-französisches Abkommen in irgendeiner Form die Grundlage der Konferenz bilde.

**Die Deutschen Postler vor dem Streik.**

Berlin, 21. Dezember. In einer von der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphen-Beamten einberufenen Versammlung, an der tausende mittlere und untere Beamten teilnahmen, wurde gegen das Schreiben des Reichsfinanzministers protestiert, in dem die jüngsten Forderungen der Beamten abgelehnt wurden. Es wurde eine Entschlieung angenommen, wonach der Regierung ein Ultimatum zu stellen ist, das vom 21. mittags bis 22. mittags läuft. Bei Ablehnung der vom deutschen Beamtenbund eingereichten Forderungen ist die sofortige Umbestimmung vorzunehmen und noch vor Weihnachten aus den Betrieben hinauszuweisen.

**Frankreichs Beerrückungen.**

Washington, 21. Dezember. (Savas.) Briand hat das Schreiben des Staatssekretärs Hughes beantwortet, in dem ihn dieser darauf aufmerksam macht, daß wenn Frankreich mehr als 175.000 Tonnen Schlachtschiffe zugesprochen werden würden, es notwendig wäre, in demselben Verhältnis auch die Tonnage der großen Einheiten, die Japan, die Vereinigten Staaten und England zuerkannt wurde, zu erhöhen. In seiner Antwort betont Briand, daß die französische Regierung alles zu tun wünsche, was mit den Lebensinteressen Frankreichs in Einklang gebracht werden kann um die Standpunkte der verschiedenen Mächte in dieser Frage auszugleichen. Daher hat Briand den französischen Delegierten Instruktionen gegeben, sich in der Frage der großen Schlachtschiffe dem Standpunkte Hughes anzupassen. Briand ist überzeugt, daß er in dieser Angelegenheit die Unterstützung des französischen Parlamentes finden werde, daß er sie aber nicht finden würde, wenn die Regierung bezüglich der sogenannten Hilfschiffe derselben Verringerung beitreten würde, und zwar wegen der ausgebeuteten Rüste Frankreichs und der zahlreichen entfernten Kolonien. England verzichtet in Washington auf die Forderung einer vollkommenen Beseitigung der Unterseeboote, dafür haben aber seine Delegierten einen Vorschlag ausgearbeitet, der die U-Boot-Tonnage begrenzt und ihre Anwendung beschränkt.

**Zurückweichen Englands in der Frage des Moratoriums.**

Paris, 20. Dezember. Lougeur hat einen Plan ausgearbeitet, der dazu bestimmt ist, den Deutschland am 10. Mai befristeten Zahlungsplan zu ergänzen. Unter den von der französischen Regierung geforderten Bürgschaften befindet sich die Aufstellung einer vollständigen und aufrichtigen Statistik der Aus- und Einfuhr seitens der deutschen Regierung. Es ist folgende Vorfrage aufgeworfen worden: Ist Deutschland tatsächlich instande, die Zahlung zu leisten, zu der es sich für den 15. Jänner nächsten Jahres verpflichtet hat? Die französischen Sachverständigen haben sich bemüht, an Hand von Dokumenten ihren englischen Kollegen zu beweisen, daß die Antwort nur besahend lauten kann. Anscheinend haben sie sich bereits überzeugt, wenn dies erreicht ist, so würde nichts mehr im Weg stehen, daß Maßnahmen ausgearbeitet werden, um Deutschland zu zwingen, seinen nächsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Morgen vielleicht oder übermorgen wird man zu diesem Ergebnisse gelangen können. Im Laufe der Besprechungen wird man jedoch keine Entscheidung darüber treffen können. Die französische und die englische Regierung werden sicherlich die Aus ihrer Alliierten darüber einholen und sich mit ihnen über die endgültig anzunehmenden Lösungen verständigen.

**Der englisch-irische Vertrag.**

Englische Zweifel an der Ratifizierung durch Irland.  
London, 20. Dezember. (Neuter.) Mit Rücksicht auf die Ungewißheit, ob das irische Abkommen vom irischen Parlamente ratifiziert wird, sind die Vorkehrungen zur Zurückziehung der britischen Truppen aus Irland eingestellt worden. Die Truppen verbleiben bis zur Ratifizierung des Vertrages in Irland.

**Ein Staatsvertrag im Fernen Osten.**

Berlin, 21. Dezember. (Tsch. B.) Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Washington berichtet, ist zwischen der Sowjetrepublik des Fernen Ostens und Japan folgendes Abkommen getroffen worden: 1. Die Forts von Wladiwostok werden von den Roten Gruppen geräumt. 2. Wladiwostok wird ausschließlich Handelshafen. 3. Die japanischen Truppen räumen die besetzten

russischen Gebiete im Laufe des Monats Jänner.

**Das Programm der Londoner Besprechungen.**

London, 19. Dezember. Die Blätter melden, daß außer der Reparationsfrage auch die Frage des Ungar-Abkommens, die Washingtoner Beschlüsse, insbesondere die von Frankreich vorgebrachten neuen Forderungen, sowie die Beziehungen der Alliierten zu Rußland, ein Punkt, der besonders Lloyd George interessiert, erörtert werden.

**Locherung der R. P. D.**

Die Berliner „Rote Fahne“ bestätigt in ihrer Sonntagsausgabe die von ihr bisher verschwiegene und zuerst von der „Freiheit“ gemeldete Abhebung Frieslands als Generalsekretär. Diese Annahme, erklärt die „Rote Fahne“, sei aber nicht wegen des von Friesland veröffentlichten Artikels in der „Internationale“ erfolgt, sondern wegen „politischer Meinungsverschiedenheiten“, in denen Friesland in der Zentrale vollkommen isoliert stand. Diese Feststellung mindert natürlich in nichts die in der Abhebung Frieslands liegende Bedeutung. Im Gegenteil erhebt sie diese erst ins rechte Licht. Friesland war der einzige, der innerhalb der kommunistischen Zentrale entschiedene Bereitschaft zeigte, die allein möglichen Konsequenzen aus dem Märzputsch zu ziehen und mit der putschistischen Ideologie zu brechen. Indem die Zentrale Friesland von seinem Posten als Generalsekretär enthoben hat, bestätigt sie, daß sie selbst weit von einer solchen Wandlung entfernt ist und daß sie gar nicht gewillt ist, jene verhängnisvolle Linie ernstlich zu verlassen. Damit werden aber zugleich weitere Konflikte in der R. P. D. akut. Bekanntlich hatte die Bezirksorganisation Hanau, unterstützt von anderen Teilen der Partei, die gleichen Forderungen gestellt wie Friesland. Die „Rote Fahne“ hatte darin schon vor einigen Tagen gefordert, daß mit dieser oppositionellen Strömung in der Partei ein ernstes Wort zu sprechen sei. Wie die Dinge nun liegen, könnte dieses erste Wort nur der Ausschuß sein. Tatsächlich ist denn auch im Schoße der kommunistischen Parteizentrale dieser Schritt schon ernstlich erwogen worden und seine Ausführung dürfte kaum mehr lange auf sich warten lassen. Umso weniger als die Hanauer Organisation nicht nur sich täglich mehrenden Einfluss aus anderen Parteiorganisationen erhält, sondern auch unter den Parteibeamten der Zentrale selbst eine Art Beamtenrevolution ausgebrochen ist. Jedenfalls dürften schon in den nächsten Tagen neue Zerfallszeichen der R. P. D. sichtbar werden.

**Der Wiederaufbau Frankreichs.**

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) In Frankfurt a. M. trafen die Vertreter der deutschen und französischen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen, die sich hauptsächlich mit dem Wiederaufbau der elf zerstörten Dörfer des Bezirkes Chauxnes beschäftigte. Von den deutschen Bauhüttenorganisationen wird die Gemeinwirtschaftsform, der Siedlungsplan vorgeschlagen. An der Konferenz, deren Beratungen streng vertraulich behandelt werden, nahmen sechzig französische Delegierte und auch Abgeordnete der zerstörten Gebiete teil. Die deutschen Gewerkschaften haben Vertreter entsendet, die an den Pariser Verhandlungen teilgenommen hatten. Es scheint also, daß trotz dem von uns gemeldeten Widerstand der Arbeitnehmer und der französischen Regierung doch von den Gewerkschaften weiter an dem Wiederaufbau dieses Distriktes gearbeitet wird.

**Ungarisches Militär rückt ins Abstimmungsgebiet ein.**

Wien, 21. Dezember. (Eigenbericht des Sozialdemokraten.) Nach zuverlässigen Nachrichten rückt ungarisches Militär im Abstimmungsgebiete ein. So sind in Vreunderg mehr als hundert Mann regulären Militärs angekommen. Natürlich sind auch in Sedenburg und in den übrigen Orten des Abstimmungsgebietes ungarische Truppen. Im Protokoll von Venedig heißt es aber, daß das Abstimmungsgebiet erst acht Tage nach der Verlautbarung des Abstimmungsergebnisses von dem Staat, zu dem es zufallen soll, besetzt werden darf, wozu noch kommt, daß Oesterreich die Abstimmung gar nicht anerkannt hat.

**Ein folgenschwiegener.**

Unter dem Titel „Blas“ (Heimat) veröffentlicht der bekannte tschechische Schriftsteller Karel Dorky eine Sammlung der von ihm während des Krieges in ausländischen Blättern im Interesse des tschechischen Befreiungskampfes veröffentlichten Artikel und Gedichte. Dorky zählte vor dem Kriege als Herausgeber der unabhängigen Zeitschrift „Stopa“ („Die Fährte“) zu den gewandtesten Febern der tschechischen Publizistik, wird aber jetzt von seinen Kommunisten aller Parteirichtungen konsequent folgenschwiegen. Die Gründe werden aus der Vorrede des erwähnten Buches ersichtlich, aus der Einiges auch die deutsche Leserschaft interessieren dürfte. Dorky bezeichnet dort die übliche Darstellung der tschechischen



Abfallbewegung als Mystifikation und Geschichtsfälschung, nennt die sogenannte Anabasis (Kriegszug) der sibirischen Legionäre ein Bankrott und die Maffia, d. i. die Führerschaft der Inlandspropaganda, eine Institution zur Sicherung von Sinecuren. Daher gebe es in der Republik mehr Ministerialräte als Kaminsieger. Festere Form hat der von Horst erhobene Vorwurf, daß Masaryk seinerzeit in einem Organ des russischen Ministers Protokolow für die Verurteilung eines russischen Großfürsten auf den böhmischen Thron Propaganda gemacht hätte und die Aufschuldigung, daß nach Bericht des offiziellen Organs des amerikanischen Roten Kreuzes von Legionären in Sibirien unerhörte Grausamkeiten verübt worden seien. Interessant ist auch die Mitteilung, daß die Burgamerilla eigens einen amerikanischen Photographen herüberkommen ließ, um ein Bildnis des Präsidenten anfertigen zu lassen. Die Londoner „Times“ haben dazu die Bemerkung gemacht, die tschechoslowakische Republik habe bis auf den Grund ihres Betriessacks gegriffen, um die Kosten einer solchen Laune zu bezahlen. — Die Beschlagnahme des deutschen Landestheaters vergleicht er mit einem Einbruchdiebstahl und fügt hinzu: „Die Deutschen haben uns da bei etwas erwischt, was keine Revolution sich erlauben darf. . . . Wir hätten uns vorhalten sollen, daß bei dem Sturm auf die Theater nicht einmal eine Nadelbüchse gestohlen wurde.“ — Vielfach macht wohl Horst, der sich wie Durich frühzeitig mit den Führern der Abfallbewegung zerstritten hatte, den Eindruck eines Verärgerten, der den Anschluß verfaßt hat, aber Vieles, was er vorbringt, ist immerhin glaubwürdig belegt und hätte zumindest eine gründliche Erwiderung seitens der Angegriffenen erwarten lassen. Wohl hat der offizielle „Cas“ vor einiger Zeit eine Art Zurückweisung gebracht aber in so allgemeiner Form, daß man erst, wenn man das Buch selbst in die Hand nimmt, erfährt, um was es sich eigentlich handelt.

Wir hätten die ganze Angelegenheit, die im großen Ganzen zunächst tschechische Kreise angeht, nicht notiert, wenn sie nicht ein Beitrag zu den Presseverhältnissen dieses Staates wäre. Wir haben nämlich, wie jetzt klar ist, eine dreifache Zensur. Zunächst die von der Staatsanwaltschaft ausgeübte, dann die der Prager Gasse, welche gegen jedes mißliebige Blatt mit dem Knüttel arbeitet und endlich, eine, die sich die tschechische Presse selbst auferlegt, aber nicht aus Gründen des Anstandes, sondern in Befolgung eines Vertuschungsprinzips, nach welchem nichts in die Öffentlichkeit dringen darf, was den tschechischen Namen in Verfall bringen könnte, selbst wenn es sich um beweisbare Wahrheiten oder widerlegbare Unwahrheiten handelt. So wird Rádl totgeschwiegen, so erging es Dr. Joffit und dem Studenten Racl, ja sogar dem Nationaldemokraten Dr. Hajn, der von seinem eigenen Parteiorgan ignoriert wird, und so wird es jetzt wieder mit Horst geschehen. — „Demokratie ist Disfussion!“

— H.

### Gerichtssaal.

#### Das Urteil im Jagowprozeß.

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Im Jagowprozeß wurde heute nachmittags um halb 5 Uhr vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Von Jagow wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Das Verfahren gegen von Wangenheim und Dr. Schiele wurde eingestellt. In der Begründung wird ausgeführt,

daß Jagow tatsächlich staatsfeindliche Handlungen begangen hat, während die beiden anderen nur an den allgemeinen Bestrebungen teilgenommen haben, wobei Bestimmtes über ihre Betätigung nicht festgestellt worden sei. Der Senat kam zu dem Schluß, daß Rapp und v. Lüttwig bewußt an einer hochverräterischen Handlung, nämlich der gewalttätigen Veränderung der deutschen Verfassung, gewirkt hätten.

#### Aus magharischen Gerichtssälen.

##### Aufreizung gegen die — Hausbesitzer.

Der Privatbeamte Eugen Ghemant veröffentlichte vor zwei Jahren in der „Nepzava“ einen Artikel unter dem Titel „Die Hausbesitzer“. In diesem Artikel hieß es, die Hauseigentümer erhöhten den Mietzins, trieben mit ihren Parteien Wucher und wären Vampyre. Ghemant, der wegen Vergehens der Aufreizung und der Verleumdung heute zur Verantwortung gezogen wurde, gab zu seiner Verteidigung an, der Artikel habe gar nicht ihn, sondern den seither ermordeten Redakteur Bela Somogyi zum Verfasser. Auch machte er sich erbödig, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Der Gerichtshof beschied den Verweigerer abschlägig und verurteilte den Angeklagten Eugen Ghemant im Sinne der Anklage zu zwei Monaten Gefängnis und 1200 Kronen Geldstrafe. Der Staatsanwalt und der Verurteilte meldeten die Verurteilung an.

#### Gegen den Staat und die gesellschaftliche Ordnung.

Als der Budapester Strafgerichtshof als Standgericht das Urteil in dem bekannten Strafprozeß gegen Elisabeth Andics und Genossen verkündete, ließ sich das aus Gesinnungsgenossen der jugendlichen Angeklagten bestehende Auditorium, wie seinerzeit gemeldet wurde, zu Demonstrationen für die Verurteilten hinreißen. Die Polizei räumte hierauf den Saal, doch gab es einzelne, die noch auf der Straße ihre Kundgebungen fortsetzten und gegen das Gericht und die Polizei demonstrierten. Einer der Erzedenten, der Privatbeamte Moriz Lang, wurde bei dieser Gelegenheit in Haft genommen und heute wegen des Vergehens gegen den Staat und die gesellschaftliche Ordnung zur Verantwortung gezogen. Lang wurde zu fünf Monaten Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe verurteilt.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Kampf der Versicherungsangestellten mit den ausländischen Versicherungsgesellschaften. Gestern nachts wurden nach kaum einstündiger Verhandlung die Besprechungen zwischen dem Verbande der Privatversicherungsanstalten und dem Zentralverband der Versicherungsangestellten in der tschechoslowakischen Republik bezüglich Erneuerung des am 31. dieses Monats ablaufenden Kollektivvertrages wegen Starrsinnigkeit der Direktoren abgebrochen. Die Versicherungsgesellschaften scheinen wirklich in dem Wahne zu leben, daß die goldenen Zeiten wiederkehren werden, in denen die Angestellten so tanzen mußten, wie es einigen kapitalistischen Nachhabern beliebte. Das Beispiel der von der „Bjella“ verratenen Staatsbeamten scheint Anhänger zu finden. Wir raten den ausländischen Versicherungsgesellschaften, unter den heutigen Verhältnissen nicht mit dem Feuer zu spielen. Es könnte gefährlich werden.

**Ausperrung.** Die Prager Wäscheabrikanen haben ihre Arbeiterschaft bis zum 2. Jänner ausgesperrt. Der Grund sind Differenzen wegen der Weihnachtsremuneration.

**Beendigte Streik.** Auf Initiative der Kommunisten wurde in den chemischen Fabriken in Währisch-Strau ein Streik unternommen.

Die Mehrheit der Streikenden ist wieder in die Arbeit zurückgekehrt.

**Neue Handelsbilanz für 1920?** Die „Narodni Listy“ veröffentlichten eine private Statistik, wonach der Wert der Einfuhr in die tschechoslowakische Republik im Jahre 1920 21,5 Milliarden Ks, die Ausfuhr aus der Republik 24,75 Milliarden Ks betrug. Die wichtigsten Einfuhrprodukte sind Getreide und Baumwolle im Werte von 3 Milliarden. Die wichtigsten Ausfuhrprodukte sind Glas 3,1 Milliarden, Zucker 2,8 Milliarden, Baumwollwaren 2,5 Milliarden, Konfektion 1 Milliarde. Die amtliche Nachprüfung dieser Statistik muß abgewartet werden.

**Kapitalistischer Wahnsinn.** Wir berichteten unlängst, daß im nächsten Winter in Amerika wieder statt Kohle Getreide als Heizmaterial verwendet werden wird. Nun erzählen die „Narodni Listy“, daß die Regierung in Havana aufgefordert wurde, eine Anleihe zu dem Zwecke zu unternehmen, um einen Teil der dortigen Zuderborrate, die 125.000 Waggons betragen, anzukaufen, damit diese ins Meer geworfen werden. Dadurch verspricht man sich ein Steigen des Zuderpreises. Das alles lesen wir gleichzeitig mit den Nachrichten, daß in einzelnen Gebieten Rußlands die Bevölkerung von Jaunrinde, gemahlenem Stroh und Knochenmehl lebt.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländ. Gulden 2703, 100 Mark 43.40, 100 schweiz. Franken 1432½, 100 Lire 331, 100 franz. Franken 591½, 1 Pfund Sterling 309, 1 Dollar 74½, 100 belg. Franken 566½, 100 Beso 1082, 100 Dinor 116½, 100 Lei —, 100 öster. Kronen 1.56½, 100 poln. Mark 3.—, 100 ung. Kronen 12.15 Kr.

### Literatur.

**Rot oder grün?** Unter diesem Titel ist im Verlage des Zentralverbandes Deutscher Kleinbauern und Gäusler in Teplitz-Schönan, Schlagensbadstraße 46 um den Preis von 70 Heller eine aufklärende Schrift erschienen, deren Verfasser die Genossen Schweißhardt und Leibl sind. Im Vorwort wird der Schwierigkeit der Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament gedacht, sowie der Notwendigkeit, Aufklärung über diese Arbeit unter den breiten Massen der Bevölkerung zu verbreiten. Im ersten Teil erzählt Genosse Schweißhardt einiges über die Entstehung des Bundes der Landwirte und widerlegt die ganschartigen von den Agrariern gegen die Sozialdemokratie erhobenen Verleumdungen. Er geht hierauf über zur Frage der Bodenreform, bespricht die Stellung der deutschen Sozialdemokratie dazu, sowie die Bemühungen der Partei, das Gesetz zu ändern. Ebenso wird darüber berichtet, was der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Schutze der Bäcker und Kleinbauern überhaupt getan haben. Dem wird gegenüber gestellt die Tätigkeit der Landwirte und der Berat, den diese an den Kleinlandwirten verübt haben. Im zweiten Teil ruft der Abgeordnete Leibl die Kleinbauern und Gäusler auf, sich im Kampfe um ihre Existenzfrage an die Seite der Arbeiterschaft zu stellen. Den Vertrauensmännern, welche in landwirtschaftlichen Gebieten für unsere Partei zu wirken haben, wird die Broschüre nützliche Dienste leisten.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 34 (3. Jahrgang) vom 15. Dezember 1921 enthält folgende Artikel: Zollwahnsinn. — Feuilleton. Die englische Genossenschaftsbewegung. Von Emmy Freundlich, Wien (Schluß). — Genossenschaftliche Erziehungsarbeit. Von Alois Meerwald, Krumau. — Dividende oder Unterstützung? Von einem Genossenschaftler. (Diskussionsartikel). — Aus der Konsumgenossenschaftlichen Praxis: Das Lastenauto im Genossenschaftsbetriebe. Von Johann Schu-

berz, Trautenau. — Was haben wir noch für Ausgaben? Von Franz Rombohly, Bensen. — Zur Umsatzsteuer. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. Aus den Konsumvereinen. Ausländische Genossenschaftsbewegung. Ankündigungen der Konsumvereine. Inserate.

### Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Heute unter Zemlinskys Leitung Mozarts „Don Juan“, Freitag „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“, Samstag geschloffen. Sonntag „Schwalbenhochzeit“, Montag „Kosenkavalier“. In beiden Weihnachtsfesttagen Nachm. Aufführungen „Wie das schlimme Teufel zum braven Engel wurde“. Anfang jedesmal zweieinhalb Uhr.

**Vortrag Prof. Dr. Artur Weis.** Die Prager Mustermesse veranstaltet Dienstag, den 2. Jänner um 7 Uhr abends im Saale des Kaufmannischen Vereines „Merkur“ einen Vortrag des Münchner Universitätsprofessors Dr. Artur Weis über das Thema „Die Messen als Brennpunkte des Welt Handels“. Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten und wird von Filmbildern begleitet sein.

### Bereinsnachrichten.

**Deutscher Bezirksbildungsausschuß Groß-Prag** Heute halb sieben Uhr Landesrat Dr. Rudolf Slawitschke: „Staatsbürgerliche Erziehung“ (Volk, Staat, Wirtschaft). Schluß, letzte Aushänge vor Weihnachten. Al. Uraniaaal, Eintritt frei.

### Turnen und Sport.

Das Verluspielerturn ist bekanntlich bei einem unarischen Verein, dem Kisepti A. C. einwandfrei festgestellt worden. Die Sache dürfte jedoch noch verschiedenartige Folgen nach sich ziehen, da sich der genannte Verein jedenfalls bemühen wird, dies auch bei anderen Vereinen feststellen zu lassen. Es dürfte dies übrigens in Ungarn ebenso wenig schwer sein, wie bei uns und anderswo, denn der Schwindel mit der Führung doppelter Kassabücher ist nicht das einzige Mittel, um zum Ziele zu gelangen, da außer den Geldgebern und Geldnehmern auch massenhaft Reider existieren, die jedenfalls viel zur Aufdeckung beitragen können. Unser Verband hat jedoch soviel Schamgewäsche zu waschen, daß er zu einer so wichtigen Arbeit, der Reinigung vom Verluspielerturn gar nicht Zeit hat.

**Das Spielen auf Teufel,** welches bei vielen nicht nur unserer Vereine eingeführt ist, hat sich bei den Wiener Amateuren, sehr gerächt. Diese führen zwar den Namen, ohne es zu sein, sonst hätten sie nicht die Zwangslage ausüben dürfen, in der sich anlässlich der letzten Weihnachtsspiele zwei reichsdeutsche Vereine befanden, und eine pöbliche Mehrforderung stellen dürfen. Ihrem Renomee haben sie jedoch geschadet, da die heurigen reichsdeutschen Weihnachtsspiele von dem Deutschen Fußballbund nicht genehmigt wurden. Jedenfalls ist dieser Verband energischer, wie die Staatsverbände anderer Länder.

**Eine jüdische Olympiade in Wien.** Die in der Weltorganisation vereinigten jüdischen Turn- und Sportvereine haben beschlossen im Juni in Wien große Kampfspiele zu veranstalten. Die Kämpfe finden auf dem neuen Braterzportplatz der Saloon statt. An den Fußballkämpfen dürften sich Mannschaften aus England, Rumänien, Türkei, Palästina usw. beteiligen.

**Tormänner als Kapitäne.** Das Wiener Schiedsrichterkollegium hat an den Verbandsvorstand das Ersuchen gerichtet, durch einen Beschluß der Vereinen zu verbieten, den Torwächter zum Kapitän zu bestimmen. Begründet wurde dieses Ersuchen damit, daß es peinlich ist, wenn der Tormann bei Reklamationen über das ganze Spielfeld laufen muß. Bei unseren Ligaverenien ist bekanntlich auch beim Tepl. F. K., der Tormann Guba zugleich Kapitän.

**Die Prager Sparta** hat vorgestern Prag verlassen, um sich über Paris nach Barcelona zu begeben. Sparta dürfte einen Monat wegbleiben und in dieser Zeit in Barcelona, Bilbao, Paris Spiele austragen.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Noch in letzter Stunde**  
entscheiden Sie sich und kaufen Sie  
**zu allerbilligsten Preisen**  
Trikotwollwaren für Herren, Frauen u. Kinder, Jacken, Garnituren, Sweater, Trikots.  
**Die besten Weihnachtsgeschenke**  
nur in  
**Prag II., Hybernská 7**  
**Lidový dům (Volkshaus.)**  
Verkauf im 2. Hofe.  
Wäsche, Taschentücher, Krawatten.  
**Wollswals nur 30 Kc! Lederware!**  
Täglich geöffnet  
über Mittag bis 7 Uhr abends.

**»RINA«**  
Westböhmisches-Zuckerwarenfabrik  
449 **PILSEN,**  
empfiehlt ihre als vorzüglich anerkannten  
**Kanditen u. Zuckerwaren.**  
Billigste Einkaufsquelle d. P. T. Konsumvereine.

**Büro- und Geschäfts-Einrichtungen**  
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossen, schaften zu Vorzugspreisen 127  
**A. Kominik, Prag II.,** Renolučal 6. Telefon 8514-VIII.

**CAFÉ ELEKTRA**  
PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.  
**TREFFPUNKT DER GENOSSEN**  
Telephon 4854. 268

**NIEDERLAGE DER KOHLENWERKE**  
der priv. Dux-Bodenbacher-Eisenbahn  
**L. SACHS in PRAG,**  
Dlázdná Nr. 6. Telephon 1551, 9479.  
Liefert: allerbeste Stein- und Braunkohlen, Briketts, Oberschl. Hüttenkoks, Holz.  
Fuhrenweise — Waggonweise.

**Ihr Interesse verlangt es,** dass Sie sich meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2, in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

**Reserviert für:**  
**MERL & WEISS**  
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN  
PRAG, NARODNI 23a. 141

**BERNARDSON GUMMIABSATZ**  
BILLIGER ALS LEDER